UNABHÄNGIG UND BEHÖRDEN-UNFREUNDLICH

telegraph 16

OSTBERLIN 23. November 1990

UNTERDRÜCKTE NACHRICHTEN, KOMMENTARE, TERMINE
Nachfolgezeitschrift der umweltBlaetter . Seit 1986

HERAUSGEBER: UMWELT-BIBLIOTHEK BERLIN

***** Räumung der Mainzer Straße *****
*****Hafenstraßen in Erfurt? *****
*****Hintergründe der "Wende" *****
Europäische Geheimdienstlandschaft *

Inhalt

Deutschlands Soldateska probt den Bürgerkrieg	4
Räumung der Mainzer Strasse	6
Versuch zu einem Kommentar	12
"Aufforderung an die Bevölkerung"	14
Hafenstrasse in Erfurt	15
Die Reithalle denen, die darin arbeiten	18
Warnung vor Fälschern	19
Wolf Biermann: Ich halt´s gut aus	21
Hintergründe der Wende. Interview mit Matthias Büchner	22
Die Situation der Gauck-Behörde	32
Überblick über die Geheimdienstlandschaft II	33
Rechte Sammlungsbewegung	38
Eilinfo für Zivildienstleistende	45
Diskussionen um Konzept der sogenannten Indianerkommune	43
LeserInnenbriefe	48
Termine	49

Der "telegraph" erscheint monatlich.
Einzelhandelspreis 3,00 DM, für WiederverkäuferInnen ab 5 Exemplaren erhalten 30% Rabatt. Bestellungen sind für ein halbes und ein ganzes Jahr möglich, Halbjahresabo 17,50 DM, Jahresabo 34 DM, alles inklusive Porto und Mehrwertsteuer.
Redaktion: Dirk Teschner, Dietmar Wolf, Tom Sello, Wolfgang Rüddenklau,
Chefredakteur gibt es nicht, ViSdP Wolfgang Rüddenklau,
Redaktionsschluss: 16.11.89.
Gestaltung: Bernd Markowsky
Herausgeber: Umwelt-Bibliothek Berlin, Schliemannstr.22, Berlin 1058, Tel. 4485374
Druckerei: Hinkelstein-Press, Schreinerstr.60, Berlin 1035

Editorial

Im traurigen Monat November ist dieses Heft wieder mal voll mit Bürgerkriegsereignissen, diesmal mit ganz anderem Ausgang als im vorigen Jahr. Die LeserInnen werden verstehen, dass wir den Berliner Ereignissen der letzten Wochen nicht gerade in der Rolle der Unparteiischen folgten. Im Unterschied zu den Gazetten sind wir der Meinung, dass der Konflikt von den Herrschenden bewusst herbeigeführt wurde, um ihre Positionen militärisch durchzusetzen. Sie fühlen sich stark genug und haben jetzt exemplarisch zeigen wollen, dass Panzer stärker sind als Menschen.

Wir fragen uns beunruhigt, warum auch nach dem Ende der Mainzer Strasse immer noch mehr Einheiten der Bundespolizei in Berlin zusammengezogen werden. Plant Kohl eine Reichsexekution, wie sie in den zwanziger Jahren wiederholt gegen aufmüpfige Länder durchgeführt wurde, wollen die Regierer etwa völlig neue Tatsachen schaffen? Oder sollten sie tatsächlich immer noch Angst haben, nicht vor den paar Selbstbestimmten, sondern vor der Bevölkerung und dem vielbeschworenen heissen Herbst?

Wir wissen es nicht, aber wir haben grosse Befürchtungen um uns und unsere Freunde, um alle aufrechten Menschen. Eines wissen wir immerhin, dass wir bis zum Schluss gegen diejenigen Widerstand leisten werden, die vom Gut und Blut ihrer Mitmenschen schmarotzen und sich für die Führer der Nation halten.

Noch zu den Technix. Termine veröffentlichen wir sehr gern, machen aber laufend die Erfahrungen, dass es bei den Gruppen keine oder nur sehr kurzfristig angesetze gibt. Es wäre schön, wenn die Termine rechtzeitig vorgeplant und uns mitgeteilt werden. Der "telegraph" braucht nun mal eine Woche zum Druck und erscheint nur einmal im Monat. Redaktionsschluss ist übrigens immer um den 15. herum.

Ansonsten wünschen wir unseren Leserinnen und Lesern alles Gute, es gab ja im vorigen Jahr schon heiklere Situationen und verbleiben Eure

Redaktion "telegraph"

Bildnachweis:
Die Titelgrafik ist aus dem Jahre 1848, Die Fotos auf Seite 5, 11 und 12 sind von Peter Homann, auf Seite 7 und 13 und auf der Rückseite von A. Klug Pankow-Press, die Grafik auf Seite 23 von U. Krauesel, das Foto auf Seite 36 von F. Schumann, das Foto auf Seite 39 von B. Markowsky, die Grafik auf Seite 49 von Molti.

Deutschlands Soldateska probt den Bürgerkrieg!

Das Gebiet zwischen Frankfurter Tor und dem S-Bahnhof Frankfurter Allee gleicht einem Kriegsschauplatz. Schon seit Wochen terrorisieren grossmäulige Polizisten in ihren neuen Uniformen und umlackierten Funkwagen die Bevölkerung mit permanentem Sirenengeheul. Nun fallen Schüsse, und Rauchschwaden ziehen himmelwärts und kilometerweit über die Stadt. Noch weitab vom Geschehen reiben sich arglose Passanten, Lieferanten, Männer, die zur Arbeit eilen, Mütter, Kinder, alte Leute, ihre geröteten und tränenden Augen. Hubschrauber kreisen im Tiefflug über Berlins Stadtbezirk Friedrichshain. In den Strassen eine Armada gepanzerter Fahrzeuge und wie Raubritter gerüstete Polizisten.

Einige Gesichter kommen einem so bekannt vor. Hatten wir sie nicht vorigen Herbst am Alex und in der Schönhauser gesehen? Mit anderen Uniformen freilich. Oder liegt es daran, dass die "Neuen" nur genauso grimmig dreinschauen wie die "Alten"?

Aber nein, da stehen ja einige, dienstbeflissen wie eh und je neben ihrem frischlackierten Stasi-Lada. Man hätte nicht nur Farbe und Nummernschild, man hätte die Karrosse wechseln sollen - so jedenfalls will die Tarnung nicht recht gelingen.

Wie fühlen sich eigentlich die uniformierten "Wessis" in Gesellschaft frisch rausgeputzter Stasischergen? Und wissen sie wohl, für wen sie da eigentelich in den Krieg geschickt werden, für wessen Interessen sie verheizt werden? Ist ihnen klar, dass sie alten SED- und Stasiseilschaften ihre Pfründe sichern sollen?

Es sind die gleichen Leute, die einst die Häuser bis zur Unbrauchbarkeit herunterwirtschafteten und die heute mit den darunter befindlichen Grundstücken spekulieren und horrende Summen einstreichen wollen. Stasi schützt Stasi - nun unter gesamtdeutschem Oberbefehl. Und ihre Opfer sind natürlich nicht die Neonazis in der Weitlingstrasse, sondern die Kinder des Herbstes 89, Instandbesetzer und junge Leute, die nichts als alternativ leben wollen. Das war ihnen unter Honecker und Mielke verwehrt, das dürfen sie auch nicht unter Kohl und Momper.

Gegen sie werden Geheimdienstler, Spitzel und Denunzianten und eine Armada bewaffneter Horden ausgesandt.

Nicht Dialog wird gesucht, nicht das Gespräch und die Verständigung. Toleranz ist ein Fremdwort für die Mächtigen dieser Welt. Sie verkriechen sich

feige hinterm Ofen und lassen ihr dreckiges Geschäft von ihren blindwütigen Bütteln besorgen. Irgendwann am 20. Juli wird man wieder rührselig des Claus Grafen von Stauffenberg gedenken, vom Recht auf Widerstand säuseln, zugleich allen lebenden Bütteln den Befehlsnotstand bescheinigen und sich selbst die Absolution erteilen. Lüge und Demagogie - das sind die Gespielinnen der Macht. Und immer wieder fallen Menschen auf sie hinein, vermögen sie nicht zu unterscheiden zwischen Gewalt, die vom Staate ausgeht, und Gegengewalt, die im Volk provoziert wird. Wir könnten so friedlich leben, so glücklich sein, würden wir nicht immer wieder den Verheissungen und Lügen der Verführer erliegen, würden wir nicht immer aufs Neue uns gegeneinander hetzen lassen, sondern tolerant miteinander umgehen, auch mit Minderheiten, deren Lebensweise wir mehrheitlich nicht teilen mögen.

... Nicht Bürgerkrieg wollen wir in Deutschland, sondern von Toleranz und Kompromissbereitschaft getragene Demokratie und soziale Gerechtigkeit!

Berlin, den 14. November 1990 H.Sch.

Räumung der Mainzer Strasse
Dokumente der staatlichen Repression

1. Kleine Vorgeschichte zum Thema Verhandlungen
(aus einer Presseerklärung des Vertragsgremiums vom Oktober 1990)

"22.06.90 Das Vertragsgremium entsteht aus dem Besetzerrat heraus in der Einsicht, dass Einzelverhandlungen mit den jeweils zuständigen Behörden völlig ergebnislos verliefen.
27.06.90 Das Vertragsgremium(VG) erscheint zum ersten Mal beim Magistrat von Berlin. Da von Seiten des Magistrats kein kompetenter Vertreter vorhanden ist, wird ein zweites Treffen am 04.07.90 vereinbart.
04.07.90 Das VG trifft auf einen Herrn Holzinger, der vom Stadtrat Dr. Thurmann autorisiert erscheint. Bei diesem Termin wird protokollarisch vereinbart, dass beide Seiten an einer friedlichen Lösung interessiert sind.
20.07.90 Beim Magistrat wird eine vom Vertragsgremium erarbeitete Vereinbarung, die sich inhaltlich auf die protokollarischen Zusagen vom 04.07.90 stützt, abgegeben. In dieser wird insbesondere eine Nicht-Räumungs-Absicht und eine rechtzeitige Winterfestmachung formuliert.
24.07.90 Der Magistrat verkündet die sogenannte "Berliner Linie" und richtet eine Projektgruppe "Hausbesetzungen" ein, in der die Betroffenen nicht vertreten sind.
27.07.90 Der Magistrat lehnt die am 20.07.90 eingereichte Vorvereinbarung aus juristischen Gründen ab, lässt aber durch seinen Justitiar ausrichten, dass der Magistrat bereit sei, von sich aus eine Vorvereinbarung auszuformulieren, die am 03.08.90 überreicht wird.
30.08.90 Es kommt zu einer erneuten Verhandlungsrunde zwischen Vertragsgremium und Magistrat, in der dieser die Forderungen insgesamt ablehnt und sich für nicht zuständig erklärt.
12.09.90 Es werden vom Vertragsgremium die geforderten Winterfestmachungs-Listen beim Magistrat abgegeben, damit zumindest von Seiten der besetzten Häuser alles Notwendige getan wird, um die Häuser noch rechtzeitig wenigstens notdürftig winterfest zu machen.
25.09.90 Ein erster Verhandlungstermin zwischen Vertragsgremium, dessen Rechtsanwalt und Herrn Martini für den Magistrat verläuft scheinbar produktiv. Es wird in Aussicht gestellt, dass eine in beiderseitigem Interesse liegende Vorvereinbarung in Kürze unterschriftsreif sein könnte.
04.10.90 Ein weiterer Termin, bei dem die verschiedenen Fassungen der Vorvereinbarungen zu einem gemeinsamen, von Vertragsgremium und Magistrat

tragbaren Kompromiss erarbeitet werden sollten, scheitert daran, dass Herr Martini, der mittlerweile Herrn Holzinger als Magistratsvertreter abgelöst hat, zur angebenen Zeit nicht da ist.

08.10.90 Wiederum findet ein Treffen mit Herrn Martini statt, in dem nun endlich, wie schon einige Male vorher, an der Vorvereinbarung gearbeitet werden sollte. Herr Martini erklärt aber den -mittlerweile von den jeweiligen Hausvereinen bevollmächtigten - VertreterInnen des Vertragsgremiums, dass eine Vorvereinbarung nicht zustandekommen wird, der Magistrat daran auch kein Interesse hat. Im Übrigen sei mit dem Magistratsbeschluss vom 24.07.90 alles hinreichend geregelt. Auch bei den Häusern, bei denen unzweifelhaft die Eigentumsrechte bei der Stadt liegen, wird der Magistrat mit vertraglichen Lösungen nicht vorpreschen.

Trotz alledem ist das Vertragsgremium weiterhin bereit, weitere Verhandlungen zu führen, da es gerade mit der Absicht ins Leben gerufen wurde, möglichst rasch vertragliche Lösungen herbeizuführen, die einen Erhalt der betroffenen Häuser und die Nutzungsberechtigung der InstandbesetzerInnen beinhalten."

So war also die Situation Mitte Oktober. In den vorigen vier Wochen wurden in den Bezirken Versuche unternommen, mit Bezirk und Wohnungsbaugesellschaften ins Gespräch zu kommen.

Was ist nun in den letzten Tagen geschehen?

2. Augenzeugenbericht über eine militärische Aktion

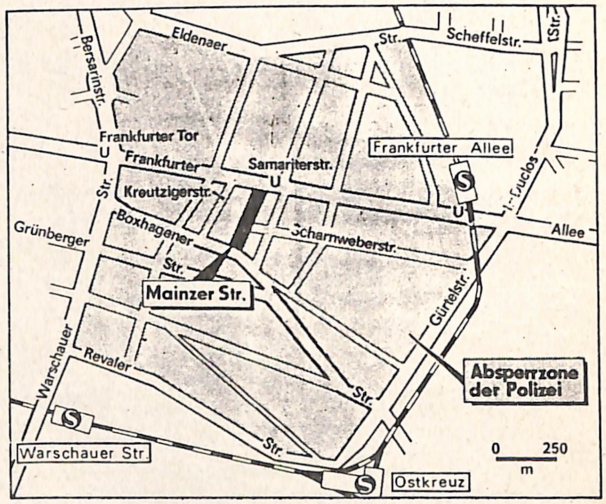
...der Traum ist aus !

"Montag-Morgen,12.11.90, Pfarrstrasse. Polizeieinheiten fahren auf und räumen zwei Häuser. Die BesetzerInnen setzen sich nicht zur Wehr und werden für mehrere Stunden festgenommen.

Als diese Nachricht in der Mainzer Strasse bekannt wird, bildet sich ein spontaner Demozug von ca. 100 Menschen mit dem Ziel Pfarrstrasse.

Doch schon an der Frankfurter Allee, nach ca. 100 Metern, wird er von aufgefahrener Polizei gestoppt und zurückgedrängt. Die Mainzer wird von der Polizei abgeriegelt. Die BesetzerInnen verbarrikadieren sich in ihren Häusern. Wasserwerfer, Räumpanzer, gefolgt von mehreren Mannschaftswagen rücken vor. Der Wasserwerfer beschiesst wahllos die Fenster der Strasse. Als der Konvoi mitten in der Strasse ist, wird er von der Dächern und aus den Häusern massiv mit einem Steinhagel eingedeckt. Die Polizei muss sich zurückziehen.

Mittlerweile kursiert die Nachricht wie ein Lauffeuer durch die Stadt. Gegen 13.00 Uhr sind bereits mehrere hundert UnterstützerInnen aus allen besetzten Häusern und aus allen Stadtteilen in der Mainzer Strasse angelangt. Es werden notdürftig, mehrere Barrikaden in der Mainzer und in der angrenzenden Scharnweberstrasse errichtet.



Gegen 14.00 Uhr versucht die Polizei in ein besetztes Haus (Scharnweber Strasse Ecke ColbeStrasse) einzudringen. Sie wird ziemlich schnell zurückgedrängt. Die Polizei schiesst mit Gasgranaten. Kurz danach geht die Polizei erneut über die Scharnweber mit schwerem Gerät vor. Ein Räumpanzer schiebt die Notbarrikaden beiseite. Er dringt, gefolgt von einem Wasserwerfer und einer Hundertschaft Polizei, bis zur Mainzer vor. Erneuter Gaseinsatz. An der Mainzer ist für sie erst einmal Schluss. Es geht erneut ein Hagel von Steinen und Brandflaschen auf sie nieder. Die Polizisten müssen sich unter dem Schutz

ihrer Fahrzeuge in Richtung Colbestrasse zurückziehen. Wasserwerfer und Räumpanzer verlassen die Mainzer in Richtung Boxhagener Strasse.

Nun werden im Bereich Colbe/Scharnweber/Mainzer Strasse die Barrikaden ausgebaut, das Pflaster aufgerissen, Gräben ausgehoben, Wälle aufgeschüttet. An der Frankfurter Allee entsteht eineBarrikade die bis zum Schluss hält und für die Polizei trotz Räumtechnik unüberwindbar bleibt.

Gegen Abend befinden sich über 1.000 Menschen hinter den Barrikaden. Ihnen stehen 1.500Polizisten, mehrere Wasserwerfer und Räumpanzer gegenüber. Für 20.00 Uhr ist seitens derBesetzerInnen eine Vollversammlung geplant, gegen 22.00 Uhr eine Demo auf dem Ku-Damm. Doch zur Versammlung kommt es nicht. Die Polizei greift gegen 19.30 Uhr erneut an. Über die Scharnweber laufen immer wieder Plänkeleien. Gasbeschuss. Wasserwerfereinsatz.

Zu dieser Zeit befinden sich verschiedene Parlamentarier und Presseleute, unter ihnen Bärbel Boley, Reinhard Schult vom Bündnis 90/Grüne und Reiner Börner von der PDS, AL-er, aber auch Bezirksbürgermeister Mendiburu hinter den Barrikaden. Sie bemühen sich intensiv zu vermitteln und den Polizeieinsatz zu stoppen.

An der Boxhagener Strasse Ecke Mainzer Strasse werden zwei Strassenbahnen gestoppt, Bauwagen umgeworfen, sodass dieses Gebiet bis zum Morgen für die Polizei nicht befahrbar ist.

Um 22.00 Uhr demonstrieren 200 Menschen auf dem Ku-Damm. Derweil werden auch auf der Frankfurter Allee Barrikaden errichtet. Die Polizei beginnt mit einem frontalen Angriff auf die Mainzer Strasse.

Ein riesiger Pulk Polizisten rückt auf der ganzen Breite der Frankfurter vor. Räumpanzer und Wasserwerfer machen sich an der grossen Barrikade zu schaffen. Als der Polizeipulk fast an derMainzer ist, hagelt es von den Dächern Pflaster- und Ziegelsteine, Dachziegel und Brandflaschen. Die Polizisten ziehen sich panisch in die Seitenstrassen und an die Häuserwände der FrankfurterAllee, gegenüber der Mainzer zurück. Bis zum 13.11., ca 2.30 Uhr dauert der Kampf. Dann ziehen sich die Polizisten zurück.

Im weiteren Tagesverlauf und der darauffolgenden Nacht versuchen Parlamentarier und der Berlin-Brandenburger Bischof Forck an zuständige Personen heranzukommen. Vergeblich. Innensenator Pätzold lässt sich verleugnen, Innenstadtrat Krüger erweist sich als nicht zuständig, die Bürgermeister Schwiertzina und Momper sind in Moskau.

Am 14.11. 7.30 Uhr greift die Polizei erneut an. 4.000 Polizisten, zehn Wasserwerfer, ebensoviel Räumpanzer, Sondereinsatzkommandos, Hubschrauber, Bundesgrenzschutz. Die nur noch ca. 500 Menschen, erschöpft, übermüdet, haben keine Chance. Zwei Stunden dauert es diesmal nur noch. Die Menschen

hinter den Barrikaden, mit Gas völlig eingenebelt, wehren sich verzweifelt und verbissen. Als dieBarrikade Scharnweber/Mainzer fällt, flüchten sich die nur noch ca. 300 Menschen in die Häuser.Noch eine Stunde dauert es, bis die Polizei in die Häuser eingedrungen ist und die sich nicht wehrenden Menschen festnimmt. Bis in den späten Nachmittag braucht die Polizei, um die Gefangenen abzutransportieren. Sofort werden die Barrikaden beseitigt, um die Spuren zu tilgen. Am Abend demonstrieren 15.000 Menschen, aus Solidarität mit den nun heimatlosen BesetzerInnen der Mainzer. Am Frankfurter Tor und am Bersarin-Platz gibt es bis nachts um 1.00 Uhr erneut militante Auseinandersetzungen mit der Polizei.

In den Nachrichten protzen die politisch Verantwortlichen Pätzold und Momper mit ihrer harten Haltung und ihrem Sieg. Versuchen ihr Handeln, mit schauderhaften Lügen über die ehemaligen BesetzerInnen zu verteidigen. Und in den Häusern feiern gröhlend besoffene Polizisten ihren achso "glorreichen" Sieg.

Der Traum ist aus. Aber wie heisst es weiter in dem Lied von Ton Steine Scherben:" ...doch wir werden alles geben, dass er Wirklichkeit wird." n.n.

Forderungen des Mainzer-Strassen-Plenums aus der Presseerklärung vom 12. November 1990 zu den Angriffen auf die Mainzer Strasse und andere besetzte Häuser

Wir fordern:

- den sofortigen Rückzug der Bullen aus dem Friedrichshainer Kiez,
- eine schriftliche Nicht-Räumungs-Garantie des Regierenden Bürgermeisters, Momper, für alle besetzten Häuser, um eine Wiederaufnahme der Verhandlungen mit dem Ziel einer Rahmenvereinbarung ebenfalls für alle besetzten Häuser zu ermöglichen.
- Rückgabe der am 12. 11. geräumten Häuser an die BewohnerInnen
- Rücknahme aller Strafverfahren im Zusammenhang mit erfolgten Häuserräumungen

Was gab es in der Mainzer Straße:
Mainzer 3 Frauenhaus mit Frauencafe; Mainzer 4 Forellen-Hof, Das einzige Tuntenhaus in Berlin, Im Erdgeschossbereich ein Antiquariat; Mainzer 5 Wohnhaus mit Infoladen; Mainzer 6 Wohnhaus mit Kneipe; Mainzer 7 Wohnhaus mit Spätverkauf; Mainzer 8 Wohnhaus mit Volxküche; Mainzer 22/24 Wohnhäusermit Volxküche, Kinderspielplatz

Weiterhin gab es ein Kino, den Sammelbriefkasten für die wöchentliche BesetzerInnenzeitung.

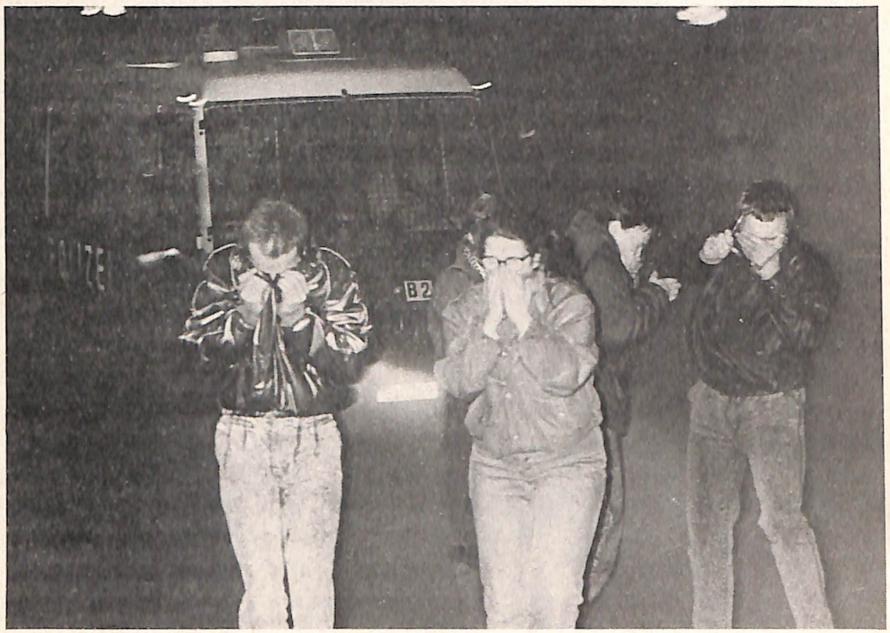
Mainz bleibt Mainz
DEMO
18.10.
17 UHR
03
03
03

Versuch zu einem Kommentar

Eigentlich gibt es am Überfall auf die Ostberliner Mainzer Strasse gar nichts zu kommentieren. Es liegt alles offen zu Tage, es wurde alles schon in den Tageszeitungen gesagt, zwischen den Zeilen, in den Zeilen, in den Kommentaren.

Keine Frage, daß man die Aussagen der Politiker als das nehmen muss, was sie sind, Zwecklügen im Wahlkampf. Und die Herren sind daran auch schon so sehr gewöhnt, dass sie sich nicht einmal besondere Mühe geben. Es machte dem regierenden Bürgermeister von Westberlin, Momper, und seinemInnensenator, Pätzold, gar nichts aus, dass ihre Behauptung, die BesetzerInnen seien nicht verhandlungswillig, zur gleichen Zeit von Bärbel Bohley, dem Berlin-Brandenburger Bischof Forck, dem Friedrichshainer Bezirksbürgermeister und einem ganzen Rudel Parlamentarier widerlegt und das Gegenteil klar wurde: Dass Senat und Magistrat auf eine Konfrontation zusteuerten und diese wollten.

Es geht ja auch gar nicht um Lüge oder Wahrheit, Moral oder Unmoral, es geht um Macht und Geschäfte. Die SPD will an der Berliner Regierung bleiben und gibt sich deshalb Mühe, die CDU rechts zu überholen, indem sie deren Wahlkampfforderungen nach Räumung der besetzten Häuser und grösserer Polizeipräsenz in die Tat umsetzt. Sie tat das so gut, dass der CDU-Chef Diep-



gen jetzt mit seiner Polemik ziemlich im Gedränge ist. Es fiel ihm wahrhaftig keine Kritik von rechts meh rein. Daneben ging es eingestandenermassen bei der Aktion darum, den "harten Kern" der Hausbesetzerbewegung zu brechen, um dann mit dem Rest nach Belieben verfahren zu können. Ob man nun den auf den Knien anrutschenden BesetzerInnen gnädig schlechte Verträge gibt oder tatsächlich, wie Gerüchte verlauten, im Laufe der nächsten Woche weitere "Strafmassnahmen" plant, ist eine Frage des Geschmacks und des Beliebens. Neben der Bestrafung und Brechung der Hausbesetzerszene geht es natürlich wie immer darum, mit dem Statuieren eines Exempels dem blöden Volke, das noch immer von "Rechtsstaat", "Demokratie" und "Selbstbestimmung" schwafelt, zu zeigen, wo der Hammer hängt. Und schliesslich und endlich geht es um alte Besitztümer, Grundstückspekulation und sonstiges ungestörtes Raffen.

Das alles liegt offen zutage und es ist angesichts dessen schon ziemlich peinlich und frustrierend, die immer noch konventionellen Appelle der Politiker von Bündnis 90 an die Moral der Westpolitiker zu hören. Es ist eben ein Irrtum, anzunehmen, dass die neuen Herrschenden an Moral, soziale Gleichheit, Menschlichkeit und dergleichen glauben. Im Unterschied zu den DDR-Herrschenden stellen sie gar nicht den Anspruch, dass ihre Taten irgend etwas mit diesen Massstäben zu tun haben könnten.

An uns hier unten ist es, die Folgen dieser Politik zu konstatieren, das nimmt uns niemand ab. Wir müssen, trotzdem wir selbst so mutlos sind, Leuten Mut geben, die das Wichtigste, ihre Träume und den Glauben an ein friedliches Miteinander verloren haben und wir dürfen die Sozialarbeit mit denen nicht vergessen, die bisher nicht einmal Träumen kennen, sondern nur den Hexenkreislauf von Gewalt und Unterdrückung.

An uns ist es, trotz alledem wieder von neuem mit dem Aufbau einer Gesellschaft von unten zubeginnen, gegen die Mafias in Wirtschaft und Politik, gegen Staat und Behörden, für die alten Ideen eines friedlichen Miteinanders von Menschen. r.l.

Flugblatt aus der Ostberliner Häuserszene:

AUFFORDERUNG AN DIE BEVÖLKERUNG

Sie haben eine Armee gegen uns gestellt, gerichtet ist sie auch auf euch.
Mit den Barrikaden sollen auch unsere Ideen und Hoffnungen planiert werden.
Sie können es nicht ertragen, dass es diesmal andere sind als sie selbst, die sagen: Bis hierher und nicht weiter!
Sie haben uns als Chaoten, Gewalttäter und Terroristen bezeichnet.
Sie haben ihre Gewaltmaschinerie aufgefahren. Sie wollen zeigen, dass sie die Macht haben, jedenWiderstand zu ersticken.
Nicht nur unseren, jeden!
Unsere Schreie sollen euch in den Ohren dröhnen, unsere Köpfe rollen bis zu euch.
"Seht her", brüllen die Mächtigen durch die Stadt, "so geht es allen, die unsere Grenzen nicht akzeptieren, wer sich uns nicht beugt, wird gebrochen".
Es geht nicht um die Häuser, um Besetzungen, es geht um mehr.
- "Wenn ihr demonstriert, denkt an die Grenzen."
- "Wenn ihr streikt, denkt an die Grenzen."
- "Vergesst nie diese Grenzen, wenn ihr Schikanen ertragen sollt, wenn ihr vor Behörden und Gerichten steht, wenn ihr eure Miterhöhung bekommt, wenn der Gerichtsvollzieher vor der Tür steht, wenn euch der Chef zur Arbeit treibt."
ERKENNT DIESE GRENZEN! TRAGT SIE NICHT MIT!
SPRENGT DIE KETTEN IN EUREN KÖPFEN!
SCHAUT ÜBER DEN HORIZONT HINAUS!
Für ein HERRschaftsfreies Leben ohne Angst, gemeinsam sind wir stark!
DER KAMPF GEHT WEITER!

Hafenstrassen in Erfurt?

Die Erfurter Altparteien drücken die Alternativprojekte ins Abseits

In unserem Bericht im "telegraph" Nr. 10 vom 31. Mai fanden wir in der thüringischen Bezirksstadt Erfurt heile Verhältnisse, im Unterschied beispielsweise zu Dresden. Mit Unterstützung der CDU - dominierten Stadtväter wurde ein Autonomes Jugendzentrum (AJZ) eingerichtet und ihm eine hohe Unterstützung in Aussicht gestellt. Ein altes Renaissancegebäude, die Löwenburg, wurde von jungen Leuten mit Unterstützung der Stadtverordnetenversammlung restauriert und sollte ein multikulturelles Zentrum werden. Es schien, dass in Erfurt modellhaft gezeigt wird, dass gute Öffentlichkeitsarbeit, Zusammenarbeit mit den Bürgern in Wohnnähe und auch den DDR-Altparteien mancherorts Erfolg versprechen kann.

In der jetzigen thüringischen Landesmetropole hat sich seitdem mancherlei gewendet. Von einer Aktion der Erfurter Polizei gegen Hausbesetzer am 22. Oktober konnte man auch in überregionalen Zeitungen lesen. 70 Polizisten und Angehörige des Anti-Terror-Kommandos stürmten bis an die Zähne bewaffnet das Haus in der Oststrasse 3 in Erfurt-Nord und nahmen dabei 12 Personen fest. Schamhaft verschwiegen wurde, dass zwei der 12 mit vorgehaltener Maschinenpistole Abgeführten ein Baby mit seiner Mutter waren. Eine legale Hausbewohnerin, die mit den Besetzern sympathisierte, wurde kurzerhand in eine Bruchbude in einer anderen Stadtgegend zwangsumgesiedelt.

Der lokale Chef der gewendeten KWV, in Erfurt unter dem vornehmen Namen KOWO GmbH, trumpfte auf: "Wir müssen Zeichen setzen. Die Bevölkerung muss wieder spüren, dass hier nicht Radikale, gleich welcher Schattierung, ihr Unwesen treiben können. Wir wollen das Haus wieder instand setzen und dann vernünftige Leute hier einweisen." Scharfmacher Innendezernent Nothnagel tutete ins gleiche Horn: "Es wurde oft genug gefordert, dass Polizei und Magistrat gegen diese Anarchie einschreiten sollen. Und ich sage ganz ehrlich, wir sind als Politiker in dieser Stadt angetreten, um sie von Radikalismus freizumachen. Und dass da etwas härter angepackt wird, halte ich für durchaus angebracht. Die Aktion ist politisch auf jeden Fall vertretbar."

Die thüringische Presse, immer unter dem Prädikat "überparteilich", betreibt seit Wochen Verunsicherungskampagnen. Eine Schlägerei zwischen zwei Leuten wird zur Strassenschlacht hochgepumpt, Überfälle von Nazis auf Häuser von Alternativen oder Punks als "Kämpfe zwischen rivalisierenden extremistischen Gruppen". Eine besonders widerliche Hetze gab es im Fall der Oststrasse von seiten des früheren SED-Bezirks-Blattes "Freies Wort", das sich

Foto aus dér "Thüringer Allgemeinen"- Originalbildunterschrift:

"Vorläufiger Gewahrsam: Diese beiden Burschen aus der "Szene" wurden vor

Zwei von den Festgenommenen in der Oststraße: Eine Frau und ihr Baby

jetzt "Thüringer Allgemeine" und "unabhängig" nennt. Aber auch das im Namen unveränderte alte LDPD-Blatt "Thüringer Landeszeitung" sprach von "kriminellen Radikalen". Gern und oft benutzt man den Anreisser "Hafenstrasse in Erfurt".

Die Realität ist, wie gewöhnlich, etwas komplizierter. Im Herbst vorigen Jahres hatten ein Dutzend Punks Wohnungen in jenem Haus besetzt, die von den Mietern in Richtung Westen verlassen worden waren. In einem Beschwerdebrief der Bewohner der Strasse an den Bürgermeister ist besonderer Anlass zum Ärger die ständige Bewachung , die die Punks gegen die sich seit Mai häufenden Naziüberfälle organisieren mussten. Die Bewohner fühlen sich beunruhigt und bedroht "durch ständige Vorfälle", beispielsweise einen blutverschmierten Flur, weigern sich aber scheinbar, wenigsten ansatzweise kausal nachzudenken und die tatsächlichen Angreifer zu erwähnen. Sieverlangen vom Bürgermeister, "dass endlich wieder ordentliche Verhältnisse in der Oststrasse geschaffen werden" und drohen, sonst an die "Bild-Zeitung" zu schreiben. Berechtigt ist offenbar die Klage, dass die Punks ziemlich rüde mit dem Inventar des Hauses umgehen und dass einige von ihnen kleine Ladendiebstähle auf dem Gewissen haben. Dagegen gab es nicht, wie es im Polizeibericht heisst, Anzeigen wegen "Einbrüchen und anderen Delikten".

Aber offenbar ist eben von Nothnagel und seinen Gesinnungsgenossen die Oststrasse als schwächster Punkt in Angriff genommen worden, weil hier eine Reihe von populären Vorurteilen bedient werden können.
In gleicher Weise versucht er jetzt auch das Autonome Jugendzentrum (AJZ) in den Griff zu kriegen, indem per ständigen Polizeikontrollen ein Anlass gesucht wird. Am 1. November entdeckte die Polizei bei einem erneuten Eindringen ohne Haussuchungsbefehl "zufällig" in einem Schuppen gestohlene Fahrräder. Schon seit einer Weile versucht man, auch dem AJZ das Prädikat "Hafenstrasse" zu verleihen.

Dabei hatte das AJZ ohnehin genügend innere Schwierigkeiten. Einer Darstellung aus Kreisen der Öffenen Arbeit zufolge gab es eine Krise, seit sich die Naziüberfälle seit Anfang Mai häuften. Ein Teil der Insassen setzte angesichts der gar nicht oder viel zu spät erscheinenden Polizei auf Selbstverteidigung mit Gaswaffen. Viele Leute aus der Erfurter Friedens- und Kulturszene, die mit der ständigen Bewaffnungsdiskussion Schwierigkeiten hatten, blieben weg, dafür kam eine Reihe von militanteren Leuten hinzu, mit denen es starke Konflikte gab. Erst in den letzten Wochen finden viele der ursprünglichen Leute ins AJZ zurück und Gruppensituation und Arbeit haben sich stabilisiert.

Seit einiger Zeit wollen die regierenden Parteien, CDU und FDP, nichts mehr vom AJZ wissen. Und das, obwohl sie früher den Jugendlichen schriftlich

und urkundlich die Schlüsselgewalt, das alleinige Nutzungsrecht und Arbeitsmöglichkeit versprachen. Im Juli liess der neue Bürgermeister einen Brief übergeben, in dem er Betrieb und Nutzung des Hauses kündigte. Auf eine Beschwerde hin versicherte er mündlich, er habe nichts gegen das AJZ, lehne aber die Verantwortung dafür ab und habe deshalb diesen offiziellen Brief geschrieben. Da der Bürgermeister sonst als Sympathisant des Neuen Forums gilt, ist anzunehmen, dass auf ihn Druck ausgeübt wird.

Hinzu kommt, dass der Besitzer des Hauses, der sich inzwischen aus dem Westen gemeldet hat, das Gebäude gern auf dem freien Markt verkaufen würde, - angesichts der touristenfreundlichen Lage inder Nähe der Krämerbrücke kein aussichtsloses Unterfangen. Die Stadt ist natürlich von ihrem ursprünglichen Vorhaben abgekommen, das Haus für die Jugendlichen zu kaufen. Jetzt werden ihnen vage Aussichten auf ein Kompensationsobjekt gemacht. Dies könne aber nur weitergedacht werden, wenn sich das AJZ umbenenne.

Auch zu dieser Vorleistung sind die Jugendlichen inzwischen bereit. Das AJZ soll jetzt den einprägsamen Namen "Jugend- und Freizeitzentren & alternative Werkstätten" tragen.

Keine Zugeständnisse brauchen dagegen bei den Erfurter Stadtgewaltigen die Nazis zu machen. Ein von ihnen besetztes Haus in der Brühlerstrasse hat keinerlei Schwierigkeiten (sind ja auch sicher saubere und ordentliche Menschen), ein NPD-Parteitag wurde Anfang Oktober gegen friedliche Demostranten mit einer Prügelorgie der Polizei verteidigt.

r.l.

Repression gegen die Berner Reithalle

Auch in Bern gibt es seit Jahren ein Projekt, dass den Herrschenden und der ordnungsliebenden Bevölkerung ein Dorn im Auge ist. Die Reithalle wurde 1980 besetzt, zwischendurch geräumt und dann wieder instandbesetzt. Von der Grösse her ist es dem Mehringhof in Westberlin vergleichbar. Es gibt dort ein Wohnhaus, mehrere Cafes, Bibliothek, Druckerei, Zeitung, Kino,Veranstaltungsräume, eine grosse ehemalige Reithalle, die für Ausstellungen etc. genutzt wird, einen Frauenraum und weitere Räume für MalerInnen, BildhauerInnen etc. Die Initiativen der Reithalle führten immer wieder zum Konflikt mit der Berner Stadtregierung und der Bevölkerung und auf verschiedenste Art wurde versucht, das selbstbestimmte Projekt mittels Einmischungen und Vorschriften zu brechen. Im Oktober gab es einen Brandanschlag.

Die Schweizer Nationale Aktion (NA), eine ultrarechte Organisation hat jetzt eine neuerliche Störaktion initiiert. Sie startete vor einiger Zeit eine Kampagne zur Umwandlung der Reithalle in ein Fitnesszentrum und zum Abriss der restlichen Gebäude. Eine Volksabstimmung dazu ist fürAnfang Dezember vorgesehen.

Solidaritätserklärung:

Die Reithalle denen, die darin arbeiten !!!

Wir möchten Euch vor der Abstimmung am 2.Dezember `90 noch einmal solidarisch grüssen, weil EuerProjekt uns Mut macht, dass mann/frau auch unter der Diktatur des Grossen Geldes noch politisch denken und kreativ arbeiten kann. Und wir hoffen auch, dass Ihr weitermacht, egal wie diese, von den Rechten initiierte, Abstimmung ausfällt. Auch wir hatten und haben unsere Probleme mit der Dominanz staatlich verordneter und bezahlter Strukturen, auch wenn wir jetzt den Status eines sozusagen anerkannten und geförderten Projekts haben.
(Jeder Phase ihre Phrase...) Staatsknete macht mürbe. Lasst Euch nicht einlullen, selbst wenn dieAbstimmung zu Euren Gunsten ausfiele. Wir wünschen Euch, dass Eure Phantasie und Vielfalt sich durchsetzen können, gegen die zunehmende Gleichschaltung der Gesellschaft, die man auch in der Schweiz beobachten kann. Und der Schweiz können wir nur wünschen, dass ihr diese selten gewordenen, lebendigen Projekte, auch die in Zürich und Basel, erhalten bleiben.

Umwelt-Bibliothek Berlin
Berlin, den 12. November 1990

Warnung vor Fälschern!

Schon in der letzten Ausgabe erwähnten wir, daß Unbekannte ein amtlich wirkendes Formblatt Berlin-weit verteilten. Offenbar haben sich andere diese Spaßaktion zum Vorbild genommen. Sie verteilten diesmal wahrscheinlich im ganzen Reichsgebiet (ein beachtliche Leistung!) eine Postwurfsendung. Wir drucken auf der nächsten Seite ein Exemplar davon ab, damit nicht wieder jemand irrtümlicherweise einer solchen Aktion auf den Leim geht.

NICHT ABTRENNEN

Wahlbenachrichtigung

für die Wahl zum Deutschen Bundestag
und zum Abgeordnetenhaus von Berlin

Wahltag: Sonntag, dem 2.12.1990
Wahlzeit: 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr

Sie sind in das Wählerverzeichnis eingetragen und können im unten angegebenen Wahlraum wählen.
Geben Sie diese Benachrichtigung zur Wahl mit und halten Ihren Personalausweis oder Reisepaß bereit.
Etwaige Unrichtigkeiten in der nebenstehenden Anschrift teilen Sie bitte dem Wahlamt mit.

Bezirksamt Prenzlauer Berg von Berlin
- Bezirkswahlamt -
Fröbelstraße 17
O 1055 Berlin
Auskünfte unter: 4 30 09 11

Wahlbezirk Wählerverz.-Nr.

Wahlraum:

Oberschule
STR.
BERLIN

Gebühr bezahlt
beim Postamt
1000 Berlin 11

Wenn unzustellbar, zurück.
Falls verzogen, mit neuer Anschrift zurück.

Herrn, Frau

BERLIN

NICHT ABTRENNEN!

Sehr geehrte Wählerin, sehr geehrter Wähler !

Sie sind in das Wählerverzeichnis eingetragen und können im angegebenen Wahlraum wählen. Wenn Sie durch Briefwahl wählen wollen, benötigen Sie einen Wahlschein.

Voraussetzung für die Erteilung eines Wahlscheines ist, daß einer der im umseitigen Wahlscheinantrag aufgeführten Gründe vorliegt. Senden Sie Ihren Antrag bitte in einem ausreichend frankierten Briefumschlag an das umseitig genannte Bezirkswahlamt oder reichen Sie ihn persönlich ein. Telefonisch können Sie keinen Wahlscheinantrag stellen. Ihr Antrag muß spätestens am 30.11.1990, 18.00 Uhr, hier vorliegen. Bei nachgewiesener plötzlicher Erkrankung kann der Antrag auch noch bis zum Wahltage 15.00 Uhr gestellt werden.

Für die Antragstellung durch einen anderen sowie die Aushändigung des Wahlscheines und der Briefwahlunterlagen an einen anderen beachten Sie bitte die umseitigen Fußnoten*).

Mit freundlichen Grüßen

Bezirkswahlamt

Wolf Biermann:

Ich halt´s gut aus

Die in Leipzig auf die Strasse gingen
Jetzt fliegen die auf die Strasse
Die damals sich blutige Nasen einfingen
Jetzt liegen sie auf der Nase
Und wer da schrie: Wir sind das Volk
Der ist auch Volk geblieben
Das Volkseigentum gehört wie eh
Den wendegehalsten Dieben

Die damals hinter Gardinen standen
Und zitterten vor der Rache
Des Pöbels, haben im Handumdrehn
Das Volk wieder in der Mache
Der umgefickte Parteisekretär
Sitzt wieder auf hohem Rosse
Und peitscht den Gaul in die Marktwirschaft
Aus Bonzen wurden nun Bosse

Schalk-Golodkowski hat in der Schweiz
Im Trockenen längst sein Schäfchen
Der Deutsche Michel war hochgeschreckt
Jetzt macht er wieder sein Schläfchen
Nun drückt der Maulkorb ihn nicht mehr
Ihn drückt jetzt am Bauch der Riemen
Die Brüderlichkeit war´n schöner Traum:
Ein Löwe mit Flügeln und Kiemen

Die Stasiauflöser sind aufgelöst
Leer stehen die Runden Tische
Die Helden von gestern sind passè
Und ziehn sich zurück in die Nische
Die ausgepunpten Proleten, sie kriegen
In gutem Geld schlechte Renten
Und Krenz im Pankower Bürgerpark
Füttert gemütlich die Enten

Aus stinkenden Spitzeln wurden flugs
Wohlriechende Demokraten
Es gibt jetzt im Winter Kirschen vom Kap
Und aus Holland frische Tomaten
Die deutschen Gedanken sind wieder frei
Kein Mensch wird verknackt für Hetze
Wenn dich ein Bulle zum Krüppel schlägt
Dann streng nach Recht und Gesetze

Skins auf dem Bahnhof Lichtenberg
In glänzenden Bomberjacken
Sie sorgen für deutsche Sauberkeit
Bis die Zigeuner sich packen
Und unter den Augen der Polizei
In Stiefeln mit Killer-Sohlen
Klatschen die Faschos in Ostberlin
Rumänen auf, Russen und Polen

Und Graf Lambsdorf fordert forsch
Das freie Spiel der Kräfte
Dortmunder Bier, bayrisches Brot
Und holsteinische Apfelsäfte
Bockwürste aus dem Hessenland
Schinken, vom Rhein rangebrachter
Aber die Schweine in Mecklenburg
Quiecken und finden kein´ Schlachter

Ich halt´s gut aus und gönne uns
All diese Luxusleiden
In Sachsen wird das Schicksal sich
Der Menschheit nicht entscheiden
Fern im Irak mit deutschem Gas
Und Düsenbomber aus France
Hat nun der Meister aus Deutschland, der Tod
Gegen Israel seine Chance

Erfurter Stasiauflöser vor die Tür gesetzt
Matthias Büchner kämpft vergeblich um den Zugang zum Stasiarchiv

Wer Matthias Büchner, den ehemaligen Sonderbeauftragten des Ministerrats zur Auflösung der Staatssicherheit und Mitglied des Erfurter Bürgerkomitees, nicht kennt, wird sich vielleicht an jeneschwarzbärtigen, langhaarigen Herrn erinnern, der DDR-Innenminister Diestel während einiger Fernsehdiskussionen zur Stasiauflösung so taktlos und störend ins Wort fuhr. Matthias Büchner war zudem vor der Einigung in der DDR der einzige, der in Zusammenarbeit mit dem Erfurter Bezirksstaatsanwalt Rehabilitationsverfahren durchführte, d.h. vor allem das nötige Beweismaterial aus dem Erfurter Stasiarchiv hervorholte. Das sowie andere Aktivitäten des Erfurter Altoppositionellen gefiel natürlich einigen gar nicht, und er musste sich mit einer Reihe von Morddrohungen, Mordversuchen und Bestechungsversuchen (zuletzt 80.000 DM) auseinandersetzen.

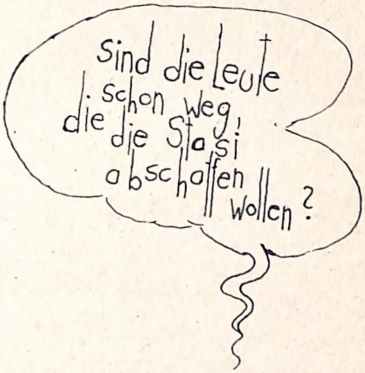
Kurz vor dem 3. Oktober wollte der Erfurter offenbar noch einmal den alten Machthabern kräftig die Zähne zeigen. Im Auftrag von Matthias Büchner stellte dessen Rechtsanwalt am 2. Oktober einen Strafantrag gemäss §93 StPO der DDR gegen die Mitglieder der ehemaligen Bezirkseinsatzleitungen und Kreiseinsatzleitungen der Bezirke Erfurt, Gera und Suhl. Nach einem Befehl des Stasichefs Mielke waren diese Einsatzleitungen für die Einrichtung von Konzentrationslagern für politisch Verdächtige zuständig und konkretisierten diese Richtlinie durch einen eigenen Massnahmeplan.

Der amtierende Bezirksstaatsanwalt, Sander, beauftragte Matthias Büchner daraufhin, zu diesem Verfahren in den Staatssicherheitsarchiven weitere Beweismaterialien zu sichern.

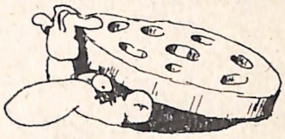
Sie hatten aber nicht mit den neuen Realitäten nach der Reichseinigung gerechnet. In einem Fernschreiben eines Prof. Dr. Schüssler aus dem Bundesinnenministerium vom 5. Oktober an die Bezirksverwaltungsbehörden der Länder wurde der Zugang zu den Stasiarchiven 15 vom Sonderbevollmächtigen benannten Personen und von ihnen beauftragten Personen ermöglicht. Darunter war Matthias Büchner nicht. Ihm wurde dann vom Volkspolizeikreisamt Erfurt noch einmal ausdrücklich und namentlich der weitere Zugang zum Archiv unter Berufung auf eine Anweisung von DDR-Innenminister Diestel vom 27. September verweigert. Besonders wütend machte den Erfurter, dass die Sperrung nicht allein dem einen alten Erzfeind Diestel zu verdanken war, sondern dass sich auch Prof. Dr.Schüssler aus dem Bundesministerium des Inneren als alter Bekannter erwies. Der Herr war vor der Wende Mitglied des

Institutes für Marxismus/Leninismus beim ZK der SED und Mitarbeiter von Prof.Reinhold, Mitverfasser des SED-SPD-Papiers.

Matthias Büchner stellte gegen das Erfurter Polizeikreisamt einen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung. Bereits am 18. Oktober wurde der Antrag vom Kreisgericht Erfurt von der aus Hessen importierten Richterin Seiler abgelehnt, "weil er eine Vorwegnahme der Hauptsache darstellen würde". Stil und Inhalt der Urteilsbegründung sind durchaus vorbildlich im Sinne eines Kafka-Romans.



Leseprobe: "Es ist nicht zu erkennen, welche unzumutbaren Nachteile in der Person des Antragstellers eintreten würden, wenn er die Erfüllung des von ihm geltend gemachten Anspruchs erst im Klageverfahren durchsetzen könnte. Soweit der Antragsteller darauf verweist, dass der Bezirksstaatsanwalt Beweismittel angefordert habe, ist nicht ersichtlich und wurde von dem Antragsteller auch nicht vorgetragen, dass nur er diese Beweismittel aus dem MfS-Aktendepot bereitstellen



UK 90

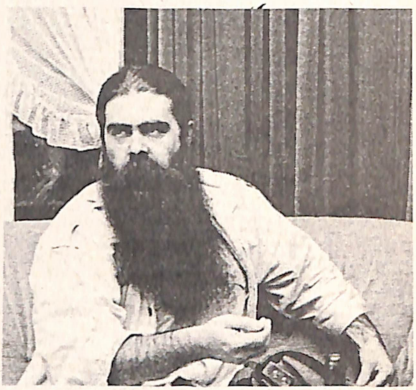
könnte, nicht aber der mit der Verwaltung des Archivs der Bezirksverwaltung des ehemaligen MfS/AfNS für Erfurt Betraute... Es kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt übrigens auch nicht festgestellt werden,dass in der Hauptsache die Erfolgsaussichten überwiegen würden. Es ist nämlich nicht zu erkennen, dass der Antragsteller zu dem Kreis der zu dem MfS-Aktendepot Zugangsberechtigtengehört..."

Wir sprachen in diesen Tagen mit Mattias Büchner über seine Einsichten aus dem Kampf mit der Staatssicherheit:

Hintergründe der sogenannten Wende

Interview mit Matthias Büchner

Mitglied des Erfurter Bürgerkomitees, Thüringer Landtagsabgeordneter des Neuen Forums und ehemaliger Sonderbeauftragter des DDR-Ministerrats zur Auflösung der Stasi



telegraph: Wenn Du erlaubst, setzen wir diesem Interview ein Stück aus dem Text des Urteils gegen Dich voraus. Das ist eine schöne Einführung in die Situation.

Büchner: Ja, im Grunde ist das fast Literatur. Eine interessante Sprache, die Satzkonstellation und Interpunktion stimmt nicht, usw..

telegraph: Wirst Du jetzt noch etwas in dieser Angelegenheit unternehmen?

Büchner: Ja, es geht natürlich weiter. Mein Anwalt wird weiter streiten. Interessant zum Beispiel ist, dass zur Belohnung der Übeltäter in diesem Land der Erfurter Bezirkschef der SED, zugleich der Chef der Erfurter Bezirkseinsatzleitung, Gerhard Müller, jetzt aus der U-Haft entlassen wurde.Die Begründung war, dass es nach bundesdeutschem Recht die Straftat, die man ihm zur Last legt, gar nicht gibt. Nach bundesdeutschem Recht müsste er jetzt auch noch Haftentschädigung bekommen. Er sass natürlich zunächst nur wegen sogenannter Bagatellvergehen, Unterschlagung, Veruntreuung usw..

telegraph: Wie sieht es jetzt für Dich mit erneuten Zugangsmöglichkeiten zu den Archiven aus? Der Sonderbeauftragte Gauck hat sich ja gegenüber der Berliner Mahnwache vor der Stasizentrale dahingehend erklärt, dass Du ein fähiger Mann wärest und dass fähige Leute die ersten wären,die Zugang kriegen müssten. Wenn es nach den Worten des grossen Vorsitzenden ginge, müsstest Du längst wieder Zugang zum Archiv haben.

Büchner: Nein, der Thüringer Landesbeauftragte Ebert hat im Auftrag von Herrn Gauck gestern noch einmal gesagt, dass nur hauptamtliche Mitarbeiter der Gauck-Behörde Zutritt haben. Ich müsste mich also entscheiden, ob ich Thüringer Landtagsabgeordneter des Neuen Forum bleiben oder mich bei der Gauck-Behörde anstellen lassen will. Interessanter finde ich das Angebot, dass ehrenamtliche Mitarbeiter für eine Dokumentationsgruppe gesucht werden.

telegraph: Wie glaubst Du, geht es nun weiter? Es gibt ja viele Hinweise darauf, dass die Herren, gegen die Du vorgehen willst, mittlerweile wieder in fetten Pfründen sitzen oder aber, soweit sie zu auffällig geworden sind, wenigstens geschützt werden. Hältst Du das für Zufall oder vermutest Du dahinter ein System? Es ist ja auffällig, dass es den Tätern hervorragend geht, dass sie, wenn nicht sogar in der Hierarchie des Bonner Staats, wenigstens in der Wirtschaft gute Pöstchen finden. Sind das blosse Seilschaften oder ist das eine regelrechte Überlebensorganisation?

Büchner: Ich befürchte natürlich ein System, es spricht alles dafür. Wenn wir nachsehen, wieviel Leute überhaupt noch in U-Haft sitzen und wieviele Untersuchungsverfahren es noch gibt und wenn wir in Betracht ziehen, dass es bisher noch kein einziges Gerichtsverfahren gegeben hat, können wir davon ausgehen, dass die Hauptschuldigen nicht bestraft werden. Es wird deutlich, dass die Probleme nicht juristisch geklärt werden sollen, sondern dass schon längst politische Entscheidungen gefallen sind.

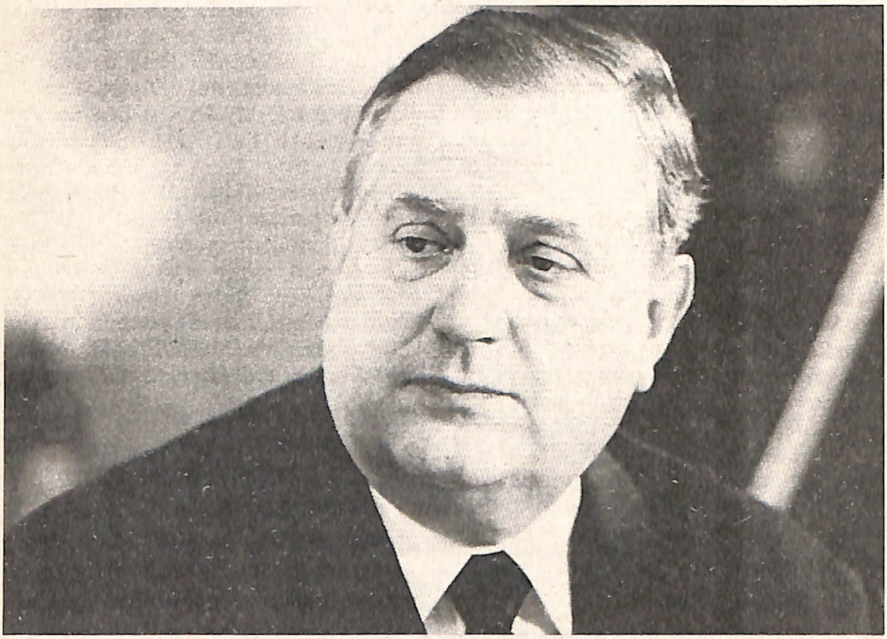
telegraph: Was steht nun eigentlich dahinter? Man kann davon ausgehen, dass das Bundesinnenministerium schon über sehr viele wesentliche Daten verfügt, mindestens über die Hauptdaten der Staatssicherheit, z.B. die Liste der OiBE, der HIM und der UM. Damit kann man entweder die Leute nahtlos übernehmen oder sie einfach erpressen.

Büchner: Offiziell sind alle Kaderakten eben dieser drei Kategorien übernommen worden. Inoffiziell gehe ich davon aus, dass auch alle nebenberuflichen Mitarbeiter der Stasi bekannt sind.Ich gehe weiterhin auch davon aus, dass eine grosse Anzahl vom Bundesinnenministerium den Geheimdiensten zur Einstellung übergeben wird. Einzelbeispiele dafür sind bekannt. Seit Beginn dieses Jahres ist uns bekannt, dass der hessische Innenminister bei der Flughafenpolizei Frankfurt/Main Leute aus dem Ministerium für Staatssicherheit beschäftigt hat. Es ist bekannt, dass beim Verfassungsschutz und BND, trotz ständiger Dementi, Anstellungen von Stasi-Leuten vorgenommen worden sind. Darüber hinaus sind über die Bundesrepublik Staatssicherheitsoffiziere nach Südafrika und wahrscheinlich auch nach Südamerika vermittelt worden. Des weiteren ist uns jetzt bekannt, dass hier in Erfurt ehemalige MfS-Offiziere durch das Bundes Innenministerium übernommen worden sind. Das wird begründet mit strukturellen Fragen, Personalfragen, Finanzfragen, Fragen der ordentlichen Aufklärung. Ich halte das für ausserordentlich bedenklich. Und ich halte es für unverfroren, dass nicht einmal eine gewisse Schamfrist eingehalten wird.

Wir im Erfurter Bürgerkomitee waren niemals damit einverstanden, dass Offiziere aus der Stasiabteilung "Kader und Schulung" in die sogenannten Arbeitsstäbe für Auflösung der Stasi in den Bezirken übernommen werden soll-

ten, da uns bekannt war, dass die Abteilung "Kader und Schulung" besondere Aufgaben hatte. Es kam dann aber so, dass gerade diese Abteilung "Kader und Schulung" und die "Hauptabteilung Aufklärung" im Grunde die Stasi auflösten, nicht die Bürgerkomitees und das Staatliche Komitee. Im Erfurter Arbeitsstab ist um eine Offizierin niederen Ranges gerungen worden. Diese Frau Bräutigum, die angeblich völlig harmlos war, wurde unter Zuhilfenahme sämtlicher Tricks eingestellt. Und sie war natürlich auch jetzt die erste, die vom Bonner Innenministerium übernommen wurde.

telegraph: Ja, man hat immer das Gefühl, dass die Dinge an einem Faden hängen. Man weiss nicht genau wie, aber irgendwer koordiniert da und letztendlich ziehen sie das, was sie vorhaben, so oder so, dann doch durch. Der erste auffällige und öffentlich gewordene Fall war Fall Schalck-Golodkowski. Der bekam im Knast dann sofort Besuch von Herrn Waigel von der CSU. Man fragte sich, was die Herren miteinander zu besprechen hatten, ob der Waigel von dem Schalck Geld haben wollte oder ober ihm noch was schuldete. Es scheint, als ob die herrschenden Schichten der beiden deutschen Teilstaaten doch ein Menge mehr miteinander zu tun hatten und haben, als sie vorgeben. Meine



SED-Devisenbeschaffer Schalck: „Stasi-Offizier im besonderen Einsatz"

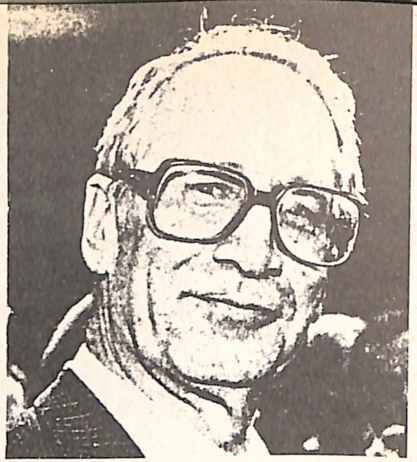
Frage ist, ob diese grosszügige Patronage für Stasi-Leute und Parteifunktionäre aus Bonn eine Regelung im Nachhinein ist, weil eine Krähe der anderen halt kein Auge aushacken will, und weil ja schliesslich erfahrene Männer gebraucht werden? Oder gibt es da Vorvereinbarung, ist das ein lang überlegter Plan? Vielen, die dabei waren, wird auch diese sogenannte "friedliche Revolution"immer verdächtiger. Klar, es gab zum ersten Mal zehntausende, hunderttausende Menschen auf den Strassen, aber warum haben die Herren nicht mal einen etwas energischeren Versuch gemacht, sich zu wehren, weshalb haben sie eigentlich recht widerstandslos die Geschäfte übergeben?

Büchner: Im Wesentlichen stimme ich Deinen Vermutungen zu. Ich denke schon, dass es einen Plan gab zur Selbstauflösung, zur Übergabe, zur Demontage der DDR. Lediglich Intensität, Qualität und Quantität sind anders gelaufen, als die Planer sich das dachten. Ich gehe davon aus, dass mindestens seit 1986 an dem gearbeitet, was später "Revolution" oder "Wende" genannt wurde.

Ich bin immer ein Freund von Beispielen und da nanntest du schon Herrn Schalck Golodkowski. Ab einer gewissen Finanzhöhe werden Delikte nicht mehr bestraft, sondern es wird ein Agreement gefunden, bzw. Finanzen werden umgeleitet und umgebucht. Es ist mir unbegreiflich, wie die Öffentlichkeit dazu schweigen kann. Ich möchte daran erinnern, dass im Keller der Schalckschen Hauptfirma 23,5 t Gold gefunden wurden, davon 21,5 t ohne jegliche Belege. Wenn bei Dir, sagen wir, 30 Gramm ohne Belege gefunden würden, dann wäre das ein Verbrechen grösseren Ausmasses, sowohl nach DDR- als auch nach bundesdeutschem Recht. Aber Goldmengen in solcher erstaunlicher Menge scheinen nicht diese Bedeutung zu haben. Die gefundene Goldmenge entsprach in DDR-Geld etwa dem gesamten Nationaleinkommenen der DDR im Jahre 1989. Warum dem Herrn Schalck-Golodkowski, der jetzt amStarnberger See wohnt, nichts passiert, habe ich jetzt neulich die bayerische Justizministerin gefragt. Die Frau Berghofer teilte mir mit, dass weder die DDR-Behörden noch die Behörden der neuen Länder ihr entsprechende Unterlagen zur Verfügung gestellt hätten. Auch ein Auslieferungsersuchen habe es nicht gegeben. Was sie selbst auf ihrem Schreibtisch hätte, würde nicht für eine Strafverfolgung ausreichen. Überdies besitzt Herr Schalck-Golodkowski einen US-Pass, der ihm in der Bundesrepublik noch anderweitigen Schutz gibt.

Es wird vermutet, dass Schalck längst wieder mit alten Geschäftspartnern in Verbindung steht. Die Stasi handelte bekanntlich mit allem und mit allen, das heisst, betrieb organisiertes Verbrechen in grösserem Ausmass. Drogenhandel, Waffenhandel sind nichts Neues für ihn. Mit demWissen, das dieser Herr in dieses Geschäft einbringt, wird ihm natürlich kein Haar gekrümmtwerden.

telegraph: Versuchen wir mal die Dinge mosaikartig aus den bekannten Fakten

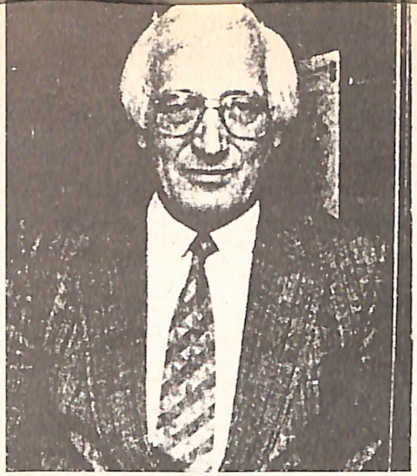


Geheimdienstchefs Mielke und Wolf

zusammenzusetzen. Eines der Eckdaten ist eine Veröffentlichung der "taz" über eine Mitschrift des Gewerkschaftschefs Tisch aus einer Politbürositzung im Jahre 1977, wo festgestellt wurde, dass die DDR eigentlich wirtschaftlich und finanziell am Ende ist. Offensichtlich lebte die DDR seit damals eigentlich nur-noch auf Kredit bzw. zehrte von der Substanz. Und das betraf ja nicht nur die DDR, der gesamte Ostblock war wirtschaftlich am Ende. Ein weiteres bekanntes Eckdatum ist, dass sich im Juni 1989 inder Sowjetunion die osteuropäischen Geheimdienstchefs trafen (und auch Gorbatschow kommt ja aus demKGB) und die Perestroika beschlossen. Nirgendwo ist es so eingetroffen, wie man es beschlossen hat. Eher geglückt ist es in Rumänien und Bulgarien, in der DDR lief es für die Herren zunächst etwas schief. Neuer Mann in der DDR sollte Egon Krenz werden; es wird aber gemunkelt, dass der eigentliche Mann des Hintergrunds der HVA-Chef Markus Wolf war, der über legalen Import ins ZK und ins Politbüro letztlich der Chef werden sollte.

Büchner: Ja, Markus Wolf ist das grösste Meisterstück in der Geschichte der Geheimdienste gelungen, als er 1985 offiziell aus der Stasi austrat und sich als Schriftsteller auftat. Aber er hat damals erst richtig begonnen. Und er war sicher einer der Hauptplaner der Wende, wenn nicht die Schlüsselfigur überhaupt. Selbst Herr Modrow dürfte da nur eine Gallionsfigur sein.

Bezeichnend ist ja, dass die Machthaber der sogenannten "sozialistischen Länder" Unmengen ihrer Kapitalien ins kapitalistische Ausland brachten. Sie trauten ihren Ländern nicht mal das Lagern dieser Werte zu. Eine Ausnahme war nur Bulgarien, das als IWF-Mitglied eine Goldreserve anlegte, um den Leva zu decken, natürlich auf Kosten der Substanz des Landes. 1986 war insofern in der DDR ein gravierender Punkt, als der Iran-Irak-Krieg bei den Geschäften der DDR eine wesentliche Rolle spielte. Die DDR verkaufte Waffen an beide Seiten. In einem Fall beispielsweise, den ich kenne, wurden sie



Treuhandchefs Gohlke und Rohwedder

sofort bezahlt. Ein Herr aus der Schalck-Firmengruppe übernahm den Koffer mit 2 Millionen DM. Er flog damit nach Hongkong und gründete dort - eine finanztechnische Meisterleistung - mit den 2 Millionen DM eine Bank. Daraus wurden mit Hilfe von geschickten Anlagewerbungen innerhalb eines halben Jahres 180 Millionen Mark gemacht. Dieses Geld steckte der Herr in ein neues Projekt in Westeuropa und den USA und setzte sich in Hongkong rechtzeitig ab, bevor die Bank erklären mußte, daß sie nicht liquide ist.

telegraph: Das sind interessante Indizien, aus denen eine Menge zu folgern wäre. Dürrenmatt sagt ja so schön: "Was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank?" Bereits bekannt ist, dass es eine grosse Menge westeuropäischer Firmen gab, die für die Stasi Kapital umsetzten. Wie weit ging das? Kann man annehmen, dass angesichts der umlaufenden irrsinnigen Summen zu einem bestimmten Zeitpunkt eine Verzahnung mit westeuropäischen Konzernen eingetreten ist? Wurde diese Mafia nicht wegen ihres Kapitals auch den seriösesten Wirtschaftsbossen interessant?

Büchner: Ich denke, das sind ganz andere Dimensonen als "Mafia". Was da aufgebaut wurde ist ein schwer durchdringbares und schwer erfassbares, sich innerstrukturell auch noch bewegendes System. Zum einen sind etwa 70 Firmen in DDR-Besitz in Westeuropa bekannt und es sind wahrscheinlich sehr vielmehr. Zum anderen sind Barmittel in Banken hinterlegt. Bisher waren nur die Schweiz und Lichtenstein bekannt, aber es scheint quer durch Europa zu gehen. Höchstwahrscheinlich gab es auch sehr gute Geschäftsbeziehungen nach den USA und nach Fernost. Dann hat man sich in sehr vielen Konzernen eingekauft. Aber über diese Struktur können wir in vielen Fällen nur vage Vermutungen anstellen. Wir wissen davon zu wenig, um die Sache definitiv anpacken zu können.

Nur bei kleinen Einheiten in kleinen Betrieben oder bei Bewegungen, die

über die Treuhand gelaufen sind, wissen wir ab und zu mehr. Die Treuhand war ja durchsetzt und ist es zum Teil immer noch. Es ist eine Schande, wie lange es gedauert hat, bis diese 15 Treuhand-Direktoren, die alle belastet waren, entlassen wurden. Wir vom Erfurter Bürgerkomitee haben das ja gleich zu Beginn gefordert, nachdem uns klar wurde, dass der gesamte Unterbau der Treuhand, der von Modrow und seinen Leuten installiert wurde, entweder inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit waren oder das gar nicht nötig hatten, weil sie in der Staatswirtschaft ohnehin ganz oben sassen. Kombinatsdirektorenwaren ja den jeweiligen Bezirksleitungen der Staatssicherheit weisungsberechtigt.

telegraph: Die Kombinatsdirektoren?

Büchner: Natürlich und deshalb sind Herr Biermann von Carl Zeiss Jena oder Professor Wedeler von Mikroelektronik Erfurt nicht in irgendeiner Staatssicherheitskartei zu finden. Dosiers über die gibt es auch. Aber das waren keine inoffiziellen Mitarbeiter, das waren Weisungsberechtigte, Befehlshaber.

telegraph: Die Herrschaftsstruktur in der DDR war offenbar doch nicht so einfach, wie man das im Lehrbuch liest. Die Ära Honecker war offenbar ein bestimmtes Bündnis von mächtigen Männer, Kombinatsdirektoren, Mächtige der Staatssicherheit, Bezirksparteibosse, aber es gab auch Gegenfraktionen. Es gab sicher eine Fraktion, die an der Erhaltung des Systems interessiert war, eine andere plante den Übergang. Ist es richtig, dass sich die letztere Fraktion durchsetzte, weil wirtschaftlich eigentlich gar nichts mehr drin war, weil alles andere, das Schiessen, ein Kurs in den Wahnsinn, etwa al la Rumänien, gewesen wäre?

Büchner: Ganz erledigt war man eben nicht. Wenn man die Kapitalien geordert hätte, die durch die Welt schwirrten, hätte man schon etwas machen können. Man hätte auch mit dem Kapital arbeiten können, das schon längst in multinationalen Konzernen gebunden war.

telegraph: Und warum hat man das nicht gemacht? Weil die Leute, die diese Fäden in der Hand hatten, nicht wollten?

Büchner: Ich denke, die besondere Rolle der UdSSR kommt hier ins Spiel. Es hat zu jedem Zeitpunkt eine direkte und eine indirekte Einflussnahme durch die UdSSR gegeben. Die Rote Armee hat sehr deutlich gemacht, dass sie kein Interesse daran hat, sich wie 1953 zu verhalten.

Zu der Frage, warum nicht geschossen wurde, möchte ich aber einen Aspekt nicht aus den Augen verlieren, über den wenig geredet wird. Es gab innerhalb der Staatssicherheit, aber auch innerhalb der anderen bewaffneten Organe eine ganze Reihe von Offizieren, die das mit einem klugen Weitblick verhindert haben, aber auch aus ethischen Gründen. Bis dahin, dass sie Kontakte zu uns gesucht haben, mit uns Absprachen machten und uns vorwarnten.

telegraph": Du meinst, dass das ehrlich war?

Büchner: Ob das ehrlich war, weiss ich nicht. Ich denke, dass da ein gewisses Konzept dahinter steckte. Sie wollten sicher durch die Informationen, die sie uns gaben, Einfluss ausüben. Die andere Seite ist, dass es wichtig war, dass diese Informationen zu uns kamen und dass dadurch eine Eskalation von Gewalt verhindert wurde.

Ich denke aber nicht, dass es dem Verdienst Einzelner zuzuschreiben ist, dass es nirgendwo zum Eklat kam. Letztlich ist durch die Quantität derDemonstranten eine Qualität erzeugt worden, die das Schiessen nicht mehr möglich machte. Es waren alle völlig verunsichert. Der Chef der Erfurter Staatssicherheit, Generalmajor Schwarz war am 4.Dezember, als in Erfurt das erste Staatssicherheitsgebäude in der DDR von Bürgerinnen und Bürgern besetzt wurde, ohne irgendein Konzept. Er betrank sich und rief beim Bezirksstaatsanwalt an, um zu fragen, ob er nun schiessen solle oder nicht.

telegraph: Es setzte sich also, wie auch immer, die neue Konzeption durch. Geld war genügend vorhanden. Die Regierung Modrow deckte die Neuformierung der Struktur ab.

Büchner: Geld ist in unvorstellbaren Dimensionen da. Wir hatten dieses Beispiel, wie innerhalb eines halben Jahres aus 2 Millionen 180 Millionen DM gemacht wurden. Das sind bestens ausgebildeteLeute. Sie sind in ihrem Fach Spitzenklasse. Sie hängen aber immer noch an einer Struktur und es wird dafür gesorgt, dass diese Struktur zusammenhält. Modrow deckte die Neuformierung ab. Deshalb wies er beispielsweise an, dass in allen Bezirken die Akten der Abteilungen 15 zu vernichten seien. Die Abteilungen 15 führten in Koordinierung mit den Abteilungen Wirtschaft die Auslandstätigkeiten und besassen die Schlüssel für die konspirativen Vermögensbewegungen und Konten.Aber auch die legalen Handelsabkommen, die in Leipzig geschlossen wurden, wurden von den Abteilungen15 und 18 koordiniert.

telegraph: Es gab kurz vor der Wende einen interessanten Aufsatz eines Anonymus, der illegal in einer kleinen Auflage erschien. Da wurde unter anderem gefragt, ob die DDR denn jemals etwas anderes war als ein kapitalistischer Staat. Sie sei vielmehr nur ein Sonderfall, insofern sich der ganze Staat auf dem Weltmarkt wie ein Konzern verhielt. Nach innen hin gab es beispielsweise hinsichtlich der Zusammenarbeit verschiedener Bereiche, des Preissystems etc. Regelungen, wie sie auch innerhalb anderer Konzerne gelten könnten.

Büchner: Ja, es gab sehr viel böses Blut in der Bevölkerung, dass sehr viel an Solidaritätsgeldern verschenkt wurde. Da ist sicher einiges gelaufen. Aber zur gleichen Zeit sind ganz harte Geschäfte mit den Ländern der 2/3-Welt gemacht worden, bei denen diese in aller Regel über das Ohr gehauen wurden. Genau wie das westeuropäische Firmen machten.

Die Situation der Gauck-Behörde

Per Einigungsvertrag installierte Behörde finanziert sich derzeit aus eigener Tasche

Die Geschichte um den stasifreundlichen DDR-Innenminister Diestel ist in diesen Blättern oft genug erörtert worden und auch die öffentlichkeitswirksame Besetzung von Stasizentralen durch Bürgerrechtler wurde beschrieben. In Bonn und Ostberlin schloss man daraus bekanntlich den Schluss, dass jetzt so getan werden muss, als ob etwas getan wird. Mit einem Nachtrag zum Einigungsvertrag wurde die Position eines Sonderbeauftragten für die Stasi-Archive geschaffen. Kaum war das Mitglied des Bündnis 90, der Rostocker Pfarrer Gauck, zu diesem Feigenblatt ernannt, leistete sich das BKA bereits einen Übergriff auf das Ostberliner Stasi-Archiv. Gauck wurde der von ihm erwarteten Rolle auch gerecht und tat alles, um den Behördeneingriff zu leugnen.

Dank erhielt er dafür nicht, denn beim Aufbau seiner Behörde wurde ihm bis jetzt keinerlei Unterstützung zuteil. Im Gegenteil, derzeit müssen er und seine MitstreiterInnen die Aufbauarbeit buchstäblich aus eigener Tasche zahlen. Deshalb steht die Behörde in fast jeder Beziehung derzeit am Punkt Null. Strukturen gibt es kaum. Bis jetzt existieren nur zwei Aufgabenbereiche, der Aufbaustab und der Bereich Sicherheitsüberprüfungen.

Laut Einigungsvertrag, referierte Herr Gauck erst neulich vor der Ostberliner Mahnwache, sei seine Behörde völlig unabhängig und nur der Datenschutzbeauftragte habe das Recht, über den Datenschutz zu wachen. Er tat das, was kleingedruckt in den Erläuterungen steht, schlicht ab, ist aber tatsächlich jetzt damit konfrontiert, dass das Bonner Innenministerium ständig seine Behörde bevormundet. Wer eingestellt wird und ins Archiv darf, entscheidet laut Grossgedrucktem im Einigungsvertrag allein Gauck, aber laut einer, in ihrer Herkunft nicht näher bestimmbaren Anweisung, ist allein ein gewisser Herr Knaackstädt im Bundesministerium des Inneren (Siegelnummer 21) für das Unterschreiben der Arbeitsverträge zuständig. Er fühlt sich aber derzeit offenbar indisponiert und deshalb haben bisher die wenigsten von Gauck Eingestellten einen Arbeitsvertrag. Man hilft sich derzeit damit über die Runden, dass Delegierungen von den Betrieben zur Gauck-Behörde ausgeschrieben werden. Aber auch die wenigen unterschriebenen Arbeitsverträge sind befristet und gelten nur bis April 91.

Ohnehin ist die Gauck-Behörde nur für das personenbezogene Schriftgut zuständig. Anderes Schriftgut aus anderen Bereichen, beispielsweise das für die historische Aufarbeitung hochwichtige Mielke-Archiv, stehen in Gefahr auf mindestens 30 Jahre im Bundesarchiv zu verschwinden, falls nicht eine interessierte Boulevardzeitschrift mit dem Scheckbuch jeweils für sie relevante The-

men an die Öffentlichkeit bringt.

Zur Genehmigung einer bereits ausgearbeiteten Benutzerordnung ist es bis dato immer noch nicht gekommen. Nicht einmal innerhalb der Gauck-Behörde ist der Diskussionsprozess beendet. Ohnehin wird der Bundestag irgendwann ganz neu entscheiden. Trotzdem, meinen die Mitarbeiter der Gauck-Behörde, wäre es nicht ganz aussichtslos, schon jetzt Anträge auf Auskunft zu stellen. Angefragt werden kann, ob Unterlagen vorhanden sind und welche. Auch Leute, die in Verdacht geraten sind, Mitarbeiter des MfS zu sein, können einen Antrag auf Überprüfung stellen. Solche Anträge sollen sogar beschleunigt behandelt werden. Antragsteller, wurde mitgeteilt, können ihre Anfragen an die Gauck-Behörde im Ostberliner Haus der Parlamentarier richten.

Nichts hat sich geändert, nur die Namen sind verschieden

Teil II

"Wenn es ein Phänomen wie das absolute Böse überhaupt gibt, dann besteht es darin, einen Menschen wie ein Ding zu behandeln."
(John Brunner in "Der Schockwellenreiter")

Nachdem im vorigen Heft ein Überblick über die einzelnen Geheimdienste und einige mehr oder minder "klassische" Mittel und Methoden dieser "Dienste" gegeben wurde, hier nun einige Infos zu
-neue technische Möglichkeiten und Mittel in der Überwachung
-den Computerdateien der Geheimdienste und der Polizei
der Rasterfahndung

Neue Methoden in der Überwachung

Durch den konsequenten Einsatz von hochentwickelten Technologien zur Vervollkommnung der Fahndung und Überwachung gelang es den BRD-Sicherheitsbehörden in den vergangenen ca. 15 Jahren ein System der Speicherung und Kontrolle von Straftätern und unbequemen Bürgern aufzubauen, dass eigentlich weltweit "vorbildlich" ist. Tatkräftige Hilfe wird ihnen dabei von Seiten der Post und der Industrie zuteil, die daran kräftig verdienen.

Das digitale Breitbandkabelsystem ISDN (auch als Bigfon bekannt) als Mittel zur Überwachung

Die Bundespost plant schrittweise alle Telefonvermittlungen von Relaistechnik (also elektromechanischer) auf computergesteuerte Vermittlung umzustellen. Diese Computervermittlungen haben zwei sehr interessante Eigenschaften. Erstens soll jeder Fernsprechteilnehmer auf seiner Telefonrechnung eine Auflistung aller seiner Gespräche (angerufene Nummer plus verbrauchte Zeiteinheiten) erhalten. Da diese Daten im Postrechner 3 Monate gespeichert werden sollen (oder auch länger ...), hat ein Geheimdienst bzw. die Polizei mehr oder minder kostenfrei Zugriff auf alle von einer zur Überwachung ausgeschriebenen Person angerufenen Nummern.

Daraus lassen sich Kontaktumfelder erstellen und auch Daten zur Diskreditierung von Missliebigen gewinnen (z.B. xyz hat die AIDS-Beratung und die Telefonseelsorge angerufen oder sich telefonisch an die Schuldnerberatung gewandt usw.usf.). Die zweite wesentliche Eigenschaft der digitalen Vermittlungsstellen ist die Möglichkeit, beliebige Schaltungen von Telephonanschlüssen vorzunehmen, was die technische Seite der Telefonüberwachung wesentlich erleichtert. Das funktioniert etwa so: die zu überwachende Person ruft irgendwen an und der Vermittlungscomputer schaltet automatisch eine Mithörleitung zur entsprechenden Behörde. So einfach geht das! Mit der breiten Einführung von ISDN (plant die Bundespost in der ehemaligen DDR bis 1995 flächendeckend) eröffnen sich für geheimdienstliche Aktivitäten ganz ungeahnte Möglichkeiten. ISDN (Integrated Services Digital Network = (Geheim)Dienste integrierendes digitales Netzwerk) ist die totale Abwicklung jeglichen Telefon- und Datenverkehrs über Glasfaserleitungen. Dabei können an einen ISDN-Anschluss beliebige Geräte zur Kommunikation angeschlossen werden, einschliesslich der Übertragung von Fernsehbildern etc.. Dies resultiert aus der enormen Übertragungskapazität (viele Daten in kurzer Zeit) der Glasfasern. So wird es möglich, die Bilder von Überwachungskameras über hunderte von Kilometern ohne grossen technischen Aufwand zu übertragen. Gleiches gilt für Wanzen und ähnliche Tierchen im Heimbereich, diese werden einfach an die ISDN-Steckdose geklemmt und sind dann wie ein Telefon anwählbar.

Computerdateien

Im Laufe der Jahre hat sich ein nur schwer überschaubarer Wust von Computerdateien zur Speicherung von verschiedensten Informationen bei Polizei und

Geheimdiensten angehäuft, die direkt oder indirekt miteinander verknüpft sind. (Siehe Überblick auf den Mittelseiten)In diesen Dateien stecken nicht nur gesuchte Terroristen und Berufskriminelle, der grösste Teil der gespeicherten Informationen über Personen, Fahrzeuge, Adressen, Flugblätter, Zeitungen etc. bezieht sich auf Leute, die irgendwann aus irgendeinem Grund auffällig oder verdächtig geworden sind, die also rein "prophylaktisch" gespeichert wurden. Beliebte Anlässe dafür sind z. B. Personenkontrollen bei Demos, Razzien, Räumumgen besetzter Häuser etc.

NADIS - das nachrichtendienstliche Informationsystem

Kern der Computersysteme im "Sicherheitsbereich" sind die Systeme INPOL (Polizeiliches Informationssystem) und NADIS (Nachrichtendienstliches Informationssystem). Letzteres ist das hauseigene System des Verfassungsschutzes (VfS), in dem aber auch Dateien anderer Behörden untergebracht werden können und das einen direkten Zugriff auf Daten aus den Computern des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) und des Bundesnachrichtendienstes (BND) ermöglicht.

NADIS selbst ist so konzipiert, dass Daten zu bestimmten Personen bzw. "Vorgängen", anhand ihrer Fundstellen, in bestimmten Akten angegeben werden.

Dabei sind auch Verweisketten und Zusammenstellungen von Akten zu Gruppen möglich. Konkret sieht das in etwa so aus: In einem Landesamt für Verfassungschutz (LfV) stellt der eifrige Beamte Müller-Lüdenscheid fest, dass der Bürger Anarcho Autonomi in letzter Zeit des öfteren ein verrufenes linkes Cafe besucht und auch sonst seine Zeit mit Demos, Aktionen und ähnlichen vedächtigen Handlungen verbringt (alles aus V-Leute-Berichten).

Er geht also zum Computer und gibt die Daten des verdächtigen Subjekts ein.

NADIS teilt ihm dann mit, dass über den Betreffenden schon interessante Informationen in einer Akte bei irgendeinem LfV vorhanden sind oder gar beim Bundesamt für VfS eine Akte existiert und gibt eine Übersicht über weitere gespeicherte Fundstellen zum Thema A. Autonomi. Nun kann der fleissige Beamte ganz einfach weitermachen, er fordert über NADIS die betreffenden Akten an und kann sich schon am nächsten Tag mit den Jugend- und anderen aktenkundigen Sünden des Bürgers befassen.

In NADIS sind aber auch Informationen wie Adressen, KFZ-Nummern, Telefonnummern, Konto- und Schliessfachnummern u. ä. gespeichert, die bei Bedarf herangezogen werden können. Diese Daten werden aber nicht nur über

aktenvermerkte Bösebolde, sondern auch und vor allem über Leute gespeichert, über die der VfS Informationen erlangen will. Die Kriterien für eine solche Speicherung sind nicht genau festgelegt.

Das polizeiliche Infosystem INPOL

Über INPOL sind etwas mehr Details bekannt als über NADIS. Dieses Informationssystem besteht technisch gesehen aus einem Grosscomputer in Wiesbaden als Zentrale und ca. 14.000 Terminals, also Abfrage und -eingabestellen für Informationen in der gesamten Bundesrepublik. Diese Terminals stehen an Grenzkontrollpunkten, Polizeirevieren, Flughäfen und Streifenwagen. Sie ermöglichen den Zugriff auf rund 10 Millionen gespeicherte Datensätze. Im Durchschnitt laufen täglich etwa 200.000 Anfragen an des System.

Organisatorisch ist INPOL in zwei Bereiche untergliedert, INPOL(Land) und INPOL(Bund). Letztgenannter enthält den Kriminalaktennachweis, die Haftdatei, die erkennungsdienstlichen Dateien, Falldateien von Straftaten mit Bundesweiter Bedeutung, Spurendokumentationsysteme, zentrale Aktenerschliessungssysteme und bestimmte zentrale Tatmittelnachweise.

INPOL(Land) enthält im wesentliche Folgedaten zu INPOL(Bund) und ope-

rative Daten zu Personen, Vorgängen und Fällen. Durch das Netz von Terminals ist INPOL das wesentliche Instrument bei der flächendeckenden Überwachung. Inzwischen gibt es diese Geräte schon als tragbare Version für den normalen Streifenpolizisten. Dieser tastet die Daten der zu überprüfenden Person ein (oder schiebt den maschinenlesbaren Personalausweis rein) und bekommt vom Zentralcomputer die Rückmel≠dung, ob der oder die Betreffende in Ordnung ist oder nach ihr/ihm gefahndet wird etc..

Andererseits kann er auch Daten in den Zentralcomputer eingeben, also Fahndungsmeldungen, Registrierungen usw. usf..

Durch langjährige "Arbeit" gelang es der Polizei und den Diensten, ein ziemlich vollständiges Bild über die Aktivitäten und Personen alternativer, linker, autonomer und sonstwie nicht staatskonformer Gruppen im Westen zu erstellen.

Sicher sind die "zuständigen Behörden" schon fleissig dabei, ihre Datenlücken in den "neuen Bundesländern" zu schliessen. Stasi- und Polizeiakten sind dabei sehr hilfreich, da die alten Oppositionellen bis auf Ausnahmen wie SPD und Eppelmann & Co. auch wieder in der Opposition sitzen.

Wie sehen nun die konkreten Folgen einer Speicherung für den/die Einzelnen aus?. In etwa so: Es wird nahezu unmöglich, einen Job in einem Betrieb zu bekommen, der Sicherheitsüberprüfungen machen lässt. Dazu gehört u.a. der gesamte öffentliche Dienst. Nach Angaben von Initia≠tivgruppen, die sich näher mit diesem Gebiet beschäftigen, wurden seit dem "Radikalenerlass" von 1972 mehr als 3,5 Millionen politische Überprüfungen vorgenommen die zu ca. 1500 Ablehnungen bzw. Entlassungen führten.

Es eröffnen sich vielfältige weitere Möglichkeiten der Schikane, z.B. gibt es Leute, die bei jedem Passieren eines Grenzkontrollpunktes grundsätzlich 1-2 Stunden gefilzt werden. Aber auch eine 24-stündige Festnahme bei einer "normalen" Personenkontrolle ist möglich, da mensch ja bereits als "verdächtig gespeichert ist.

Rasterfahndung

Ein wesentlicher Bestandteil dieses Systems ist die sogenannte Rasterfahndung. Dabei werden die Daten, die über den potentiellen Täter einer Straftat vorhandenen Informationen (z. B. Grösse, Aussehen, Auto etc.) mit den bereits gespeicherten Daten verglichen. Der Computer spuckt dann eine Liste der Personen aus, die mit diesen Merkmalen übereinstimmen. Da dies im Regelfall eine ziemlich grosse Anzahl ist, wird der Kreis der "Verdächtigen" durch Sortierung nach anderen Verdachtsmo≠menten, also etwa der bereits erfolgten

Speicherung, weiter eingegrenzt. Im Extremfall ist man also in einer Mordsache etwas mehr "verdächtig", weil man mit 14 Jahren einen Kaugummiautomaten geknackt hat und gespeichert wurde oder regelmässiger Teilnehmer auf linken Demos ist und schon mehrfach erfasst wurde. Die Rasterfahndung lässt sich aber nicht nur zur Ermittlung in konkreten Straftat≠fällen einsetzen. Wenn z. B. irgendein BKA-Stratege auf die Idee kommt, dass Terroristen die Mieten ihrer konspirativen Wohnungen in bar bezahlen, werden die Daten über die Mietzahlungen in einer bestimmten Stadt von der zuständigen Behörde im Rahmen der "Amtshilfe" angefordert und durchgerastert. Dass nach dieser Methode die Verhaftung eines Terroristen bei der Durchsuchung der "verdächtigen" Wohnungen gelingt, ist nur unwesentlich. Wahrscheinlicher ist ein Sechser im Lotto. Das dürfte wohl klar sein.

Das Kuriose ist, dass die naturgemäss bei der Durchsuchung von einigen hundert Wohnungen auffallenden kleinen Straftaten, deren Aufdeckung gleichsam ein Abfallprodukt der eigentlichen Fahndung ist, als Argument für die Rasterfahndung ernsthaft in die Diskussion gebracht werden.

All diese Mittel werden bereits in mehr oder minder grossem Umfang eingesetzt. Von ihrem Konzept und der technischen Durchführung sind sie eindeutig als mögliches und einsetzbares Mittel der politischen Repression angelegt.

Korrektur zum Teil 1:

Im Text war die Rede von den "Paragraphen 19/129a". Richtig muss es heissen: "Paragraphen 129/129a". f.r.

Voraussichtlich im nächsten Heft:
- Die europaweite Ausdehnung der Überwachung
- Was tun gegen die Bespitzelung?

Neubeginn - Arbeitskreis für deutsch-alternative Politik, oder ein weiterer Schritt zur neuen rechten Sammlungsbewegung

Wurde bereits im telegraph 14 versucht, den Filz der neuen faschistischen Organisationen, mit dem Schwerpunkt internationale Kontakte offenzulegen und in diesem Zusammenhang die Verstrickung der Nationalen Alternative näher zu beleuchten, so soll es hier um die Neuorganisierung der neofaschisti-

schen Gruppen in Deutschland, deren Zusammmenarbeit mit neuen und alten Rechten, mit rechtsextremen Parteien und dem rechten Flügel von CDU/CSU gehen.

Dazu muss zurückgegangen werden zum 5.Mai 1989, zur Geburtsstunde der "Deutschen Alternative(DA)".An diesem Tag wurde die DA, als Idee der FAP/NL/VAPO-Aktivisten Kühnen, Worch, Küssel geschaffen.

Im Dezember 1989 wurden bereits die ersten Ortsgruppen in Cottbus und Dresden gebildet. Im Januar 1990 veröffentlichte Kühnen in der Nazischrift "Die Neue Front" Nr.101 eine detaillierte Aufbauanweisung für die damalige DDR- den "Arbeitsplan Ost". Die sich anbahnenden Probleme, bezüglich der Registrierung (einen DA gab es zu diesem Zeitpunkt bereits, nämlich der Demokratischen Aufbruch), wurden dort bereits berücksichtigt. Und zwar war geplant, dass im Fall der Nichtregistrierung eine Deckorganisation geschaffen werden soll, Zitat:"...Die dann entstehende Partei, wird die DA sein, aber sie wird eben unter einem anderen Namen auftreten...".

Auf Grund des Vorhandenseins des Demokratischen Aufbruchs, war die Anmeldung in Cottbus und Dresden, als auch in Rostock und Berlin nicht möglich. Letztgenannte Ortsgruppen bildeten sich im Januar 1990.Dieses, zu diesem Zeitpunkt nicht zu lösende Problem, bildete die Grundlage für das Erschei-

nen der "Nationalen Alternative (NA)".
Am 1.2.1990 wurde die NA in Berlin gegründet und kurz danach unter der Nummer 39/90 registriert.

Am 16. März 1990 gründete sich in Westberlin die "Deutsche Alternative Mitteldeutschland (DDR)".Auf Grund des Umstands, dass der Demokratische Aufbruch in die CDU überging, konnte die DA/Mitteldeutschland im September 1990 registriert werden.

Damit war die Rolle und Funktion der NA hinfällig. Die Folge ist, dass sie sich derzeit im Auflösungsprozess befindet. (Neue politische Zentrale ist, wie auch ursprünglich geplant, Cottbus.) Damit verliert auch das Haus Weitlingstr 122 an Bedeutung. Die politischen Führer haben bereits das Haus verlassen. Sämtliches Parteimaterial ist schon seit Monaten ausgelagert. Die Bewohnerzahl geht zurück. Zur Zeit sollen nur noch drei Wohnungen, hauptsächlich von Jungfaschos bewohnt sein. Der Rest dient nur noch als sogenannte "Kameradschaftswohnungen (Unterschlupf für auswertige Nazis bei Aktionen, Treffen, etc.).

Unabhängig von diesen Tatsachen gibt es noch andere Gründe, für den Bedeutungsverlust der Weitlingstr. 122. Zum einen ist das Haus zu bekannt und auf Grund intensiver Aktionen von AntifaschistInnen und autonomen Linken stark unter Druck. Zum anderen gab und gibt es aufreibende Konflikte innerhalb der NA und mit den Berliner Fussballhooligans. Der Konflikt mit den Hools macht sich an zwei Punkten fest. Zum einen, dass Hooligan-Führer wie zum Beispiel ein gewisser Voigt, der noch 1987 mit den jetzigen NA-Führern Hasselbach, Lutz und Richert in der "Bewegung 30.Januar" zusammen war, nun nicht an der Macht beteiligt wurde, weil er zu gewalttätige Auftritte hatte (er ist für seine Brutalitat berüchtigt), und zum anderen weil die Hools kein Interesse an festen hierarchischen Machtstrukturen haben und ihre Kontakte mehr in Richtung Nationalistische Front (nationalistische Bewegung von unten, in ihrer Propagandasprache), gehen. Daraus erklärt sich, dass es immer wieder Angriffe von Hools auf NA-ler gibt und seitens der Hooligans des öfteren Angriffe auf die Weitlingstrasse 122 angekündigt wurden.

Der zweite Konflikt ist mehr ein NAinterner, ideologischer. Nämlich der Streit zwischen Nationalrevolutionären und Nationalsozialisten. Dieser Streit ist gerade in Deutschland historisch. Führte er doch 1934 zum sogenannten Röhm-Putsch. Vertreten die Ostler (Hasselbach) mehr den nationalrevolutionären Ansatz der damaligen SA-Führer Röhm und Strasser, so sind die West-"Kameraden" (Küssel/Reinthaler) getreu ihrem Führer Michael Kühnen, voll auf der nationalsozialistischen Linie von Hitler und Göhring.

Ein ähnlicher Konflikt existiert schon seit Jahren innerhalb der Freiheitli-

chen Arbeiterpartei (FAP). Zwischen dem Flügel Mosler/Busse (Nationalrev) und dem Flügel Kühnen/Worch (Nationalsoz.) In diesem Zusammenhang kann auch der Fakt stehen, dass der zweite Überfall auf die Wohnung von Worch in Hamburg (der erste wurde von Antifas durchgeführt) von Leuten des FAP-Mosler/Busse-Flügels ausgeführt wurde, da Worch in einem internen Rundbrief erklärte, dass er im Besitz von Materialien sei, die bei Veröffentlichung der FAP ein Ende setzen würden und dazu aufrief, die FAP zu verlassen und in die DA einzutreten.

Ein weiterer Punkt für den Streit in der NA ist, dass viele im Haus in der Weitlingstrasse Unmut über den Führungstil und den Drill der "Westler" zeigen und daher langsam wieder abdriften (Mit den deutschen Tugenden scheint es bei den "Kameraden der Weitlingstrasse auch nicht weit her zu sein).

Doch kehren wir zurück zur NA/DA und der weiteren Vernetzung der Rechten Kräfte. Eine andere Strukturbildung vollzog sich bereits am 18.3.1990. In Berlin schlossen sich an diesem Tag die FAP/Berlin, Wotans Volk und die NA zum "Berliner Block zusammen. Damit ist eine erneute Vernetzung perfekt. Hasselbach als neuer Führer der NA, ist gleichzeitig stellvertretender Führer der DA. Oliver Schweigert ist im Berliner Block Vertreter der DA, gleichzeitig hat er eine führende Position in der FAP/Berlin inne. Die Logistik des Berliner Blocks übernahm Wotans Volk, dessen Mitglied Arnulf Priem ebenfalls in der NA ist. die VAPO-Leute Küssel/Reinthaler sind politische Instrukteure der NA, und stehen wiederum in ständigen Kontakt zu Kühnen/FAP.

Die gesamte Vernetzung aller faschistischen Gruppen, rechten Bewegungen, Personen, bis hin zum rechten Rand der CDU/CSU, läuft über ein Gebilde, dass sich "Neubeginn- Arbeitskreis für deutsch-alternative Politik" nennt.Neubeginn ist ein defiziles Vernetzungssystem, das durch fünf Hauptstränge läuft, zwischen denen dann verschiedene Querverbindungen laufen.

Die Hauptstränge sind: 1.Der Berliner Block, plus der DA/Mitteldeutschland; 2.neofaschistische Organisationen wie NL, FAP, NSDAP/AO; 3.die Neuen Rechten, die da sind Publizisten, Wissenschaftler; 4.Organisationen rechts der Unionsparteien, die da sind Rep`s, NPD, ÖVP, DVU- Liste D; 5.der Alten Rechten, ehem Nazis, Überbleibsel rechter Org. der 50/60-iger Jahre (soz. Reichspartei). Die drei letztgenanten Stränge halten dann die Kontakte zur CDU/CSU.

Um das etwas näher zu beleuchten, einige Beispiele:

1. Neue Rechte - CDU/CSU. Kontakte laufen z.B. über:Caspar Freiherr von Schrenck-Notzing, Herausgeber der Zeitschrift "Criticen", veröffentlicht im CSU-Blatt Bayernkurier, dem rechtsgerichteten Deutschlandmagazin und der neofaschistischen Nation Europa.

Armin Mohler, 1942 nach Deutschland gekommen um in die SS einzutreten, Autor in "Die Zeit", "Christ und Welt" (1949-53), "Welt", "Welt am Sonntag", "Bayernkurier", nach 1965 in der faschistischen Nation Europa, der italienisch/faschistischen "La Destra" nach 1972 und der französisch≠/faschistischen "Novelle Ecole".

Ein Bindeglied zwischen CDU/CSU und Neue Rechte ist der Neue Deutsche Nationalverein. .Organisationen rechts der Unionsparteien - CDU/CSU

Direkte Kontakte zwischen Rep`s/DVU und CDU/CSU laufen z.B. über Heinrich Lummer. Indirekte Kontakte über die Alte Rechte zu den Rep`s laufen z.B. über: Prof. Emil Schley, 1967 Beitritt zur CDU, ehem. Abgeordneter des Landtages Hessen, trat unter anderem am 2.6.1977 als Redner auf einer Veranstaltung des Stahlhelms auf. Heute Mitglied der Rep`s

3. Alte Rechte - CDU/CSU

Persönliche Kontakte liefen und laufen z.B. über H. Lübke, Filbinger. Manfred Wörner CDU, Generalsekretär der NATO, ehem. Mitglied im Bundestag, ehem. BRD- Verteidigungsminister, 1975 Redner auf einem HIAG-Treffen, unterstützte 1988 brieflich die Teilname des ex. Nazi-Offiziers Rudel an einem Treffen eines Bundesluftwaffengeschwaders.

Elmar Pirot, Stadtrat der CDU beim Magistrat von Berlin/Ost sagte 1977 über den Chile-Putsch: Die chilenischen Putschisten haben, "...in einer feige gewordenen westlichen Welt, eine drohende kom≠munistische Diktatur verhindert."

Querverbindungen laufen auch zwischen neuen und alten Rechten. Bindeglied ist die Unterschriftensammlung:"Stop des Bundestags-Neubaus"(Quelle für die Kontakte zur CDU/CSU: Wer mit Wem, Bundbuchverlag GmbH, 1.Auflage 1981)

Weitere Kontakte laufen z.B. zwischen Junge Union - Junge Nationaldemokraten, Junge Union Berlin - Nationale Alternative, Junge Union - Deutsche Alternative. Eine logische Querverbindung besteht zwischen faschistischen Parteien der alten BRD und der Mitteldeutschen DA sowie der NA. Die gemeinsame Geschäftsstelle von "Neubeginn" befindet sich in München. "Neubeginn" bezeichnet sich selbst als Wahlbündnis. Da ein derartiger Name auf keiner Wahlliste erschienen ist, ist eher wahrscheinlich, dass über "Neubeginn" Wahlabsprachen und Strategien geklärt werden, da stets Einzelorganisationen von "Neubeginn" zur Wahl antreten und keinerlei Dopplung erfolgt. So tritt die DA in Nordrhein-Westfalen an, aber nicht in Sachsen, obwohl sie es könnte. Auch die Rep`s treten nicht in Sachsen an. Dafür aber die NPD. So trat in Frankfurt/Main die NPD an. Dafür nicht die Rep`s obwohl auch sie dazu in der Lage wähnen. So unterstützte die DVU das Wahldebüt der Rep`s finanziell und verzichtete selbst auf eine Wahlbeteiligung. Nur einige Beispiele die dieses

koordinierte Vorgehen beweisen.

All diese Fakten belegen, dass es in der gesamten BRD, einschliesslich der ehem. DDR eine fast einheitlich handelnde Rechte gibt, die bestrebt ist, sich immer perfekter zu organisieren und dabei stets bestrebt ist, über ein Organisationswirrwar ihre Aktivitäten zu verschleiern. Dem kann nur eine starke antifaschistische Selbstorganisierung entgegenstehen und eine Mobilisierung und Sensibilisierung der Menschen in diesem Lande. Verbote bringen hierbei überhaupt nichts. Nur das Anpacken der Wurzeln und die Beseitigung der politischen und sozialen Ursachen nimmt Faschisten und Ultra-Rechten die Grundlage für ihre Existenz und ihre Propaganda.

d.w.

Fürsorge oder Unterdrückung?
Diskussion in der Ostberliner BesetzerInnenszene über das Konzept der sogenannten Indianerkommune

Seit Monaten wird in der Ostberliner BesetzerInnenszene über ein besetztes Haus diskutiert, die Bergstrasse, in der Leute nach dem Vorbild der Nürnberger "Indianerkommune" die Betreuung von dissozialisierten Kindern und Jugendlichen versuchen. In die Schlagzeilen war das Projekt durch die Aussagen verschiedener BewohnerInnen des Hauses gekommen, sie hielten einen sexuellen Kontakt mit Kindern für normal und förderlich. Im Laufe der folgenden Wochen kam es zu einer Reihe von gegenseitigen Anschuldigungen. Besonders eine Fraktion der Frauen aus anderen besetzten Häusern vertrat die Ansicht, dass anzunehmen sei, dass in der Bergstrasse Kinder gegen ihren Willen und unter dem Schein der sexuellen Freizügigkeit tatsächlich vergewaltigt würden.

Am 1. 11. 90 versammelten sich ca. 30 Frauen zu einer Vollversammlung, um u.a. über das im Zusammenhang mit der Bergstrasse stehende Thema Pädophilie erneut zu diskutieren.

Über den Begriff Sexualität, der gehandhabt wurde wie ein formloser Schwamm, der für die Gesamtheit aller möglichen zwischenmenschlichen Beziehungen herhalten musste, schälten sich unterschiedliche Positionen heraus. Eine Pro-pädophile Position von den Berg≠strassenbewohnerinnen und eine Kontra-pädophile Position der sich alle anderen anwesenden Frauen anschlossen.

Die BewohnerInnen der Bergstrasse wollen in neuen Lebensformen zusammenleben, die die Sexualität mit Kindern im Rahmen freier Sexualität einschliesst. Die Vorstellungen des Zusammenlebens in der Bergstrasse entspringen den Ideen der IK Nürnberg. Über diese Kommune existiert ein umfangreicher

Hefter mit Erlebnisberichten, der über Gewaltverhältnisse und sexuellen Missbrauch Aussagen trifft.

Gewalttätigkeit gibt es in allen gesellschaftlichen Bereichen, besonders in Familien, wurde als Argument der Bergstrassenbewohnerinnen genannt. Aber genau das ist doch der Grund, der Gewalt gegenüber Kindern bewusst entgegenzutreten und keine neuen Lebensräume dafür zu schaffen.

Die Gewaltanwendung innerhalb von Familien kann von uns nicht überwacht werden, entgegneten die Frauen der Gegenpartei. Darauf entgegneten die Frauen der Bergstrasse, dass Sexualität im frühesten Kindesalter beginne und Kinder die Möglichkeit erhalten müssen, die von ihnen gewollte Sexualität ausleben zu können. Ansonsten komme es zum völligen Einfrieren kindlich sexueller Bedürfnisse. Sie interpretieren den Begriff Pädophilie als Zuneigung und Zärtlichkeit im Zusammenleben mit Kindern, distanzieren sich jedoch von sexuellen Missbrauch an Kindern.

Nur wie diese Bedürfnisse des Kindes wirklich aussehen und wie ein Erwachsener erkennen will, inwiefern er den kindlichen Bedürfnissen entspricht oder dabei seine sexuellen Bedürfnisse dem Kind aufzwingt, wurde von den Bergstrassenbewohnerinnen mit der Begründung abgewehrt, sie seien dafür ausreichend sensibel.

Ein wesentlicher Ansatzpunkt der Wohnkommune in der Bergstrasse ist, Kindern einen Zufluchtsort und gewaltfreien Lebensraum zu gewähren. Das sollten wir zunächst als positiven Ansatz werten, dessen Notwendigkeit wohl unbestritten bleibt.

Nun steht dieser Anspruch in krassem Gegensatz zum sexuellen Missbrauch von Kindern. Kinder, die ihr Elternhaus oder Kinderheime auf Grund einer für sie unerträglichen Situation verlassen, tauschen ihre bisherige Umgebung gegen ein neues Zwangsverhältnis ein. Sie können sich gegenüber Erwachsenen nicht entsprechend artikulieren oder wehren. Sie befinden sich den Erwachsenen der Kommune gegenüber ebenso in einem Abhängigkeitsverhältnis, dass doch wohl keinesfalls gegen sie als die schwächsten Elemente der Gesellschaft benutzt werden sollte.

Unter sexuellen Missbrauch verstehen wir das Benutzen von abhängigen, entwicklungsmässig unreifen Kindern für sexuelle Handlungen, die sie nicht gänzlich verstehen, in die einzuwilligen sie in dem Sinne ausserstande sind, da sie noch nicht die Fähigkeit besitzen, Umfang und Bedeutung der Einwilligung zu erkennen.

Problematisch ist für Kinder dabei auch, dass die vom Kind gewollte Nähe und Zärtlichkeit fliessend in ein benutzt werden übergeht. Als Folgen sexuellen Missbrauchs werden von Hiller und Rusch Schwierigkeiten im Sexualleben,

der Entwicklung des Selbst und die Bildung eines autonomen Charakters gesehen. Wiederholte und fortgesetzte Erlebnisse vor der Geschlechtsreife können zu schweren Depressionen, Funktionsunfähigkeiten, Psychosen und zum Selbstmord führen. Des weiteren wird der eigenen sexuellen Entwicklung und des eigenen Enstehens von Sexualität vorgegriffen.
Abschliessend bekräftigten die Frauen, die BergstrassenbesetzerInnen weiterhin vom BesetzerInnenrat auszuschliessen, so lange sie der Pädophilie positiv gegenüberstehen. h.s.

Eilinformation für Zivildienstleistende

Seit dem 3. Oktober 1990 gilt auch in den neuen Bundesländern das Zivildienstgesetz. Das bedeutet:
1. Bestimmte Gruppen müssen keinen Dienst leisten
- Verheiratete mit mindestens einem Kind und Alleinstehende, die das Sorgerecht für mindestens ein Kind haben, werden nicht einberufen. Wer schon im Dienst ist, muss sofort entlasssen werden, wenn er einen entsprechenden Antrag stellt. (Grundlage: Erlass des Bundesministers der Verteidigung vom 12.12.1989 VR I 8 Az 14-09-01)
- Diejenigen, die zwei Brüder haben, welche vollen Grundwehrdienst, Bausoldatendienst, Zivildienst oder eine Verpflichtungszeit bis 2 Jahre in der Bundeswehr/NVA abgeleistet haben, müssen keinen Zivildienst leisten. Auch sie werden auf eigenen Antrag sofort entlassen.
(Grundlage: Erlass des Bundesministers der Verteidigung vom 12.12.1989 VR I 8 Az 24-09-01)
- Theologiestudenten (Grundlage: ·§12 Absatz 2 Zivildienstgesetz)

Wer schon im Dienst ist, wird natürlich nur entlassen, wenn er das will und einen entsprechenden Antrag stellt. Der Antrag auf Entlassung (Belege wie Heiratsurkunde und Geburtsurkunde der Kinder oder Dienstzeitbescheinigungen der Brüder sind beizufügen) ist bei den Zivildienststellen zu stellen. Diese haben den Antrag unverzüglich (am nächsten Arbeitstag) an die Verwaltungsstelle weiterzuleiten. Von dort muss der Antrag unverzüglich an das Bundesamt für den Zivildienst gehen (am Freitag jeder Woche werden die Unterlagen dorthin gefahren). Dort ist unverzüglich zu entscheiden und bei Vorliegen der Voraussetzungen die sofortige Entlassung zu verfügen. Der Zivil≠dienstleistende hat dann Anspruch auf so viele Zwölftel des Entlassungsgeldes von DM 2.500,- wie er volle Monate Zivildienst geleistet hat. Sein Urlaubsanspruch von 2

Werktagen pro Monat(ohne Sonnabende) verfällt bei der Entlassung. Man sollte den Urlaub deshalb gleich nehmen. Bei Schwierigkeiten die unten aufgeführten Beratungsstellen oder den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, Bundeshaus, W-5300 Bonn 1, um Hilfe bitten.

2. Dienst leisten muss nur, wer tauglich ist. Die Tauglichkeitskriterien der NVA waren andere als die, die jetzt gelten. Wer nach geltendem Recht nicht dienstfähig ist, aber doch im Dienst ist, kann durch eine Tauglichkeitsüberprüfung feststellen lassen, ob er weiter Dienst leisten muss. die Untersuchung findet durch einen beauftragten Arzt des Bundesamtes für den Zivildienst statt. Der Antrag auf Nachuntersuchung (Dienstunfähigkeitsuntersuchung) ist mit Hinweisen auf die Dienstunfähigkeit an die Dienststelle zu richten und von dort sofort an den ärztlichen Dienst im Bundesamt für den Zivildienst weiterzuleiten. Als Grund sind die tatsächlichen Beschwerden und die fehlende Untersuchung nach den jetzt geltenden Tauglichkeitsrichtlinien anzugeben. (Grundlage: §39 ZDG, Abschnitt G 2 des Leitfadens)

3. Die Dienstdauer richtet sich nach dem schriftlichen Bescheid über die Dienstleistungen. Alle, die zu 12 Monaten Zivildienst einberufen sind, haben einen Vertrauensschutz, dass sie mit Ablauf dieser 12 Monate den vollen Dienst abgeleistet haben.

Deshalb ist unseres Erachtens eine nachträgliche Dienstzeitverlängerung rechtswidrig. Durch mündliche Anordnung kann sowieso keine Dienstzeit verlängert werden. Sollte ein schriftlicher Verlängerungsbescheid kommen, muss man prüfen, ob man lieber länger Dienst tut. Sonst muss man auch von sich aus sofort Widerspruch einlegen und darauf hinweisen, dass ein begünstigender Verwaltungsakt nicht so einfach aufgehoben werden kann. Wer selbst die längere Dienszeit will, kann andererseits auch von sich aus die Umstellung der Dienstzeit verlangen. Notfalls den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages, Bundeshaus, W-5300 Bonn 1, um Hilfe bitten, falls es wegen der Dienstzeit so oder so Probleme gibt. (Grundlage §49 Verwaltungsverfahrensgesetz)

4. Jeder Zivildienstleistnde erhält Bezüge nach dem Zivildienstgesetz. Ihm stehen ab 3. Oktober 1990 Sold (6 Monate lang pro Kalendertag DM 11,50, ab 7. Monat DM 13,—), Verpflegung (gfls. Kostenerstattungen für Essen), Bekleidungsgeld (pro Kalendertag DM 2,20), Fahrtkosten, Wohnungs-, Weihnachtsgeld (DM 390,—) und Entlassungsgeld (DM 2.500,— nach voller Dienstzeit) wie den westdeutschen Zivildienstleistenden zu. Die Sätze sind durchweg höher als vorher nach DDR-Recht. Alle Sätze sind in den Abschnitten F 3 (Geld- und Sachbezüge), F 4 (Sold), F 5 (Weihnachtsgeld), F 6 (Verpflegung), F 7 (Wohnung), F 8 und 9 (Bekleidung), F 10 (Entlassungsgeld) des "Leitfadens für die Durchführung des Zivildienstes" nachzulesen. Der "Leitfaden" ist

in jeder Zivildienststelle einzusehen. Wenn er nicht vorhanden ist, muss die Dienststelle direkt beim Bundesamt für den Zivildienst, Postfach 520 120, W-5000 Köln 51, Tel.: 0221/3673-O um sofortige Übersendung des Leitfadens und entsprechende Auskunft bitten. Auf die Bezüge ab 3. Oktober 1990 besteht auch rückwirkend Anspruch. Wenn Geldleistungen noch nach den alten "DDR"-Sätzen ausgezahlt werden, sollte man sie "unter Vorbehalt" annehmen, und die korrekten Beträge anfordern.

5. Familienangehörige, insbesondere Ehefrau und Kinder und der Zivildienstleistende selbst, haben Anspruch auf Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz. Die Ehefrau erhält während des Zivildienstes von der Untersuchungsbehörde 60 % des durch den Zivildienst weggefallenen vorherigen Nettoeinkkommens des Ehemannes, für jedes Kind zusätzlich 12 %, insgesamt höchstens 90 %. Alleinstehende Dienstleistende erhalten die Mietkosten für eine Mietwohnung erstattet, wenn sie bei Dienstantritt Mieter von Wohnraum waren. Die Unterhaltssicherungsleistungen können ab Erhalt des Einberufungsbescheides bis spätestens drei Monate nach Ende des Dienstes beantragt werden. Sie werden rückwirkend gezahlt. Der Antrag ist bei der Unterhaltssicherungsbehörde des Landkreises oder der kreisfreien Stadt zu stellen. Wenn diese Behörde noch nicht eingerichtet ist, muss jedes Sozialamt den Antrag annehmen und weiterleiten. (Grundlage: §5 - 7a Unterhaltssicherungsgesetz)

6. Zivildienstleistende in Diensstellen mit 5 und mehr Dienstleistenden haben das Recht, Vertrauensmänner zu wählen. der Dienststellenleiter muss die Wahl einleiten und die Zivildienstleistenden über den Wahlablauf informieren. Nachzulesen sind die Vorschriften über die Wahl und die Rechte eines Vertrauensmannes im "Leitfaden für die Durchführung des Zivildienstes" im Abschnitt B 7. Der Vertrauensmann hat bestimmte Rechte, nach denen er gerade jetzt in der Umbruchzeit helfen kann, dass der Dienst auf das (neue) geltende Zivildienstrecht umgestellt wird und niemand dabei benachteiligt wird. Wenn die Zivildienststelle nicht von sich aus die Wahlen einleitet, haben Zivildienstleistende jederzeit das Recht, diese einzufordern.
(Grundlage: §37 Zivildienstgesetz, Abschnitt B 7 des Leitfadens)

7. Wo kann man sich beraten lassen?

-Zivildienstseelsorger der Kirchenprovinz Sachsen, Jugendpfarrer Uwe Koch, Draesekeplatz 1, 3024 Magdeburg, Tel.: 51520
-Zivildienstseelsorge der Ev. luth. Landeskirche Sachsens, Landesjugendpfarrer Harald Bretschneider, Friedrichstr. 43, 8010 Dresden
-Zivildienstseelsorge der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg, Diakon Wolfgang Bunzel, Sophienstr. 191, 1020 Berlin, Tel.: 2828403
-Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner, Am Anger 13, 6900 Jena

-Selbstorganisation der Zivildienstleistenden, Vogelsbergstr. 17, W-6000 Frankfurt 1
-Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK), Carl-Schurz-Str. 17, W-2800 Bremen 1, Tel.: 0421/343476
-Katholische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst (KAK), Mülheimer Ufer 1, W-5000 Köln 80, Tel.: 0221/62 10 68
-Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen e.V., Dammweg 20, W-2800 Bremen 1, Tel.: 0421/340025

Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer
Frankfurter Allee 286, Berlin, 1130, Nähe Bahnhof Lichtenberg
Donnerstags, 19.00 - 21.00 Uhr, Tel.: 525 19 28

IDK (Internationale der Kriegsdienstgegner e. V.)
Berliner Zweig der War Resisters International, London
Gneisenaustr. 2 a, 1000 Berlin 61, tel.: 849 (030)/6938021
Montag und Mittwoch 19-20.30 Uhr im Mehringhof, Aufgang 3, 1. Stock links, Gneisenaustr. 2 a

DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner),Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus, Pacelliallee 61, 1 Berlin 33, tel.: 849 (030)/8325497 montags ab 19.00 Uhr

Griechisches Militärdienstkomitee in Berlin
c/o FILIA e. V., Weserstr. 14, 1000 Berlin 44, tel. 849 (030)/6248004
1. + 3. Donnerstag des Monats, 19- 20.30 Uhr

Büro Neues Forum, W.-Pieck-Str. 20, 1300 Eberswalde, tel.: 22398
Montag, 16-18 Uhr

LeserInnenbriefe

Linke Liste/PDS - eine Zukunft für die Linke?

Wir betrachten es als bedenklich, mit welcher Selbstverständlichkeit jetzt - wo wir die Grünen als abschreckendes Beispiel vor Augen haben, die nun auch die letzten linken Positionen über Bord geworfen haben - ein Wahlbündnis gegründet wird, das bereits zu diesem Zeitpunkt programmatisch keine Hoffnungen auf antikapitalistische Oppositionspolitik rechtfertigt. Auch personell fällt es uns schwer, in dieses Bündnis Vertrauen zu setzen, dessen prominente Vertreter zu einem grossen Teil dem Ex-DKP und linkssozialdemokratischen Spektrum zuzurechnen sind.

Bei der LL/PDS handelt es sich nicht einmal um ein klares Anti-Wiedervereinigungsbündnis. Die Positionen vieler LL/PDS-Vertreter zu dem Thema sind schwammig bis windelweich. Der deutsche Patriotismus eines Gregor Gysi, der nach eigenen Aussagen auch ohne Vorbedingungen zu einer Zusammenarbeit mit der SPD bereit ist, erscheint uns wenig ermutigend. Hinzu kommt, dass mit diesem Gregor Gysi auch ein erheblicher Personenkult bei der LL/PDS getrieben wird: das mit einem Mann, der je nach Bedarf und Art der Veranstaltung mal der SPD und mal der BRD-Linken nach dem Mund redet. Sein politischer Spagat geht soweit, Kapitalismus abzulehnen und "soziale Marktwirtschaft" zu befürworten.

Die Frage für uns ist: Wenn wir als Linke nun auch noch auf den Parlamentarismus setzen, von wem wollen wir dann noch ausserparlamentarischen Widerstand erwarten? Wir haben die Befürchtung, dass die LL/PDS sehr schnell zu einem endgültigen Begräbnis systemoppositioneller Politik wird. Die Bereitschaft vieler radikaler Linker, LL/PDS zu wählen, ist weniger in politischen Inhalten begründet, als in der zweifelhaften Hoffnung, diesen Staat noch einmal richtig zu ärgern. Der Einzug der LL/PDS ins Parlament dürfte von den Rechten jedoch längst einkalkuliert sein.

Für uns als AKTION GEGEN ATOMANLAGEN ist natürlich das Verhältnis einer politischen Organisation zur Atomenergie von besonderer Bedeutung. Wir haben uns in der Vergangenheit immer gegen politische Kräfte zur Wehr gesetzt, die zur Ablehnung der Atomenergie keine klare Positionen haben. In der LL/PDS gibt es offensichtlich starke Kräfte, die gegen einen sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie sind. Es besteht die Gefahr, dass viele AtomkraftgegnerInnen, die ja

DDR - DEUTSCHLAND '92

(IST JA NUR, DAMIT KEINER SAGEN KANN, ER HÄTTE ES NICHT GEWUSST)

in der LL/PDS mitarbeiten, sich darauf einlassen, in dieser Frage Zugeständnisse an eine Pro-Atom-Politik zu machen, die ihre Wurzeln in der alten SED-Politik hat.

Warum ist die BRD-Linke trotz aller eigenen Theorien und antikapitalistischen Erkenntnisse bereit, ihr Niveau auf das der sozialdemokratischen PDS herunterzuschrauben? Programmatik und Inhalte der LL/PDS lassen den Eindruck entstehen, dass die Inhalte hier ganz bewusst wahltaktischen Überlegungen geopfert wurden. Sind die Positionen der PDS, von denen viele vor zwei Jahren für fast jeden Linken völlig indiskutabel gewesen wären, durch den Zusammenbruch der DDR denn qualitativ besser geworden? Aufgrund des desolaten Zustandes, der im Augenblick in Bezug auf linke Kräfte bei uns herrscht, ist es uns zwar verständlich, dass viele durch die scheinbare Auswegslosigkeit zur LL/PDS getrieben werden. Uns belastet diese Situation auch sehr. Wir denken aber, dass mit einer Vereinigung sämtlicher Linker in diesem Wahlbündnis ein weiterer schwerer, nicht wieder gutzumachender Fehler begangen würde.

Aktion gegen Atomlanlagen,Kamen/Bergkamen

... Euer Editorial wird übrigens vielleicht auch von LeserInnen gelesen -sehr ärgerlich, diese dauernde Schlamperei.

Infoladen Heslach, Stuttgart

Telegramm

liebe hausbesetzer/innenbewegung in berlin. wir haben von den angriffen des staates gegen euch erfahren. wir verurteilen alle massnahmen der rot-grünen regierung gegen euch. wir solidarisieren uns mit eurem kampf. vencereomos. basel 14. 11. i.a. urs/s.

Termine

Am Dienstag, den 27. November 1990, um 20.00 Uhr wird im "Museum für Arbeiterleben" in der Husemannstrasse eine Veranstaltung zum Thema:
"Die Szene von innen - jugendliche Gruppenkulturen in Berlin, vom Punk bis Skinhead"
stattfinden. Referieren werden die beiden Autoren des gerade im "Linksdruck - Verlag" erschienen Buches "Die Szene von innen" Manfred Stock und Philipp Mühlberg, zwei junge Soziologen. Ihre Analysen stützen sich auf narrative Interviews, die sie in den vergangenen zwei Jahren mit Jugendlichen durchführten.

Weiterhin wollen wir über die Zukunft der Ostberliner Geschichtswerkstatt diskutieren. Hier soll es vor allem darum gehen, Kontakte zwischen aktiven Ostberliner Geschichtsgruppen neu anzu-

knüpfen, und darüber zu diskutieren, ob wir in Ostberlin einen eigenen Verein für alternative Geschichtsarbeit gründen wollen.

Ein Aufruf an alle Frauen, nach Yellow Gate zu kommen am

SAMSTAG, DEN 8. UND SONNTAG, DEN 9. DEZEMBER 1990
dem elften Jahrestag der Entscheidung, bodengestützte Atomraketen, die Cruise Missiles, in Europa zu stationieren.
In dem amerikanisch-britischen Luftwaffenstützpunkt Greenham Common gibt es immer noch aktive Cruise Missile-Raketen. Sie werden immer noch einmal im Monat nach Salisbury Plain gefahren, um dort den mobilen Abschuss zu trainieren.
Nach neun Jahren ununterbrochener Aufrechterhaltung des Frauenfriedenscamps Yellow Gate - neun Jahre, in denen wir ständig nicht-gewalttätige, direkte Aktionen gemacht haben - denken wir weiter als bis zum angeblichen Abzug der bodengestützten Cruise Missiles 1991. Wir nehmen an, dass in den Neunzigern ein luftgestütztes Atomwaffensystem in die Base soll.
Das Militär hat nicht aufgehört, "Lebensmittel" im weitesten Sinne zu verbrauchen und Mord zu planen. Wir müssen unsere nicht-gewalttätige, blockfreie Opposition gegen das Militär fortsetzen.
DER LUFTWAFFENSTÜTZPUNKT GREENHAM COMMON WIRD NICHT GESCHLOSSEN, das Militär will ihn als Operationsbasis behalten. Mehr und mehr Land von Salibury Plain und in ganz Britannien wird für militärische Übungen beansprucht. Am 5. August 1989 wurde Helen Thomas, eine Frau aus Wales, die im Yellow Gate-Camp lebte, von einem Polizeipferdetransporter der West Midlands Police getötet, als sie am Strassenrand wartete, um die Strasse vor der Base zu überqueren. In unserem Workshop werden wir dem Leben und der Arbeit von Helen gedenken und über unsere weitere Arbeit, in der immer ein Teil von Helen sein wird, reden. Frauen sind eingeladen, sich an unseren nicht-gewalttätigen, direkten Aktionen gegen die Base Greenham Common an diesem Wochenende zu beteiligen. Am 12. 7. 1990 befand der höchste Gerichtshof Grossbritanniens die speziell für Greenham Common erlassenen Gesetze für ungültig, weshalb das Betreten der Base zur Zeit keine Straftat ist. Der Kampf geht weiter, von den achtziger in die neunziger Jahre!
Unsere Adresse ist Yellow Gate, Greenham Common Women s Peace Camp, near Newbury, Berkshire, RG 14 7 AS.
Kontaktadresse Deutschland: Ute Henigs, Friedensstr. 35, W-6300 Giessen

Veranstaltungen Nov.-Dez. im Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz e. V., Zeughofstr. 20, 1000 Berlin 36, Tel.: 6126074/5

"Ein Kind um jeden Preis?"
Eine Veranstaltung, die sich insbesondere an Teilnehmerinnen aus dem Ostteil Berlins richtet, besonders an Frauen, die sich mit dem Thema bisher kaum oder noch gar nicht befasst haben.
Ort: Ewa, Prenzlauer Alle 6, U-Bahnhof Alexanderplatz
Termin: 10. 12. 90, 20.00 Uhr

"Gentechnologie in der Arzneimittelproduktion"
Weltweit werden zunehmend Arzeneimittel auf gentechnischem Wege produziert. Die bekanntesten Beispiele sind Humaninsulin, Interferon und TPA. Trotz umstrittener oder sogar bedenklicher Wirkungen der Präparate sowie der ungeklärten Gefahrenpotentiale durch evtl. unbeabsichtigte Freisetzungen von genmanipulierten Mikroorganismen aus den Produktionsanlagen expandiert der Markt für gentechnisch hergestellte Produkte.
Ort: Finrage, c/o FFGZ, Bambergerstr. 51, 1/30; Teilnehmerinnenkreis: interessierte Frauen; Termin: 4. 12. 90. um 19.00 Uhr

"Die neue Frauenbewegung in Theorie und Praxis"
Damit wir Frauen nicht ständig wieder von vorne anfangen müssen, sollen die Anfänge der Neuen Frauenbewegung, ihre Kämpfe, ihre Ziele und ihre politischen Praxen rekonstruiert werden. Wir wollen uns darüber klar werden, was wir erreicht haben und wohin wir wollen. Wir nutzen die Gelegenheit, die wichtigsten Stationen der Frauenbewegung noch einmal Revue passieren zu lassen. Termine: 15./ 22./ 29. 11. und 6. 12. jeweils um 19.00 im Bildungswerk (um Anmeldung wird gebeten)

"Essen wir uns krank?" -
Zur Schadstoffbelastung in Lebensmitteln (Wochenendseminar)

Wieviel Nitrit verträgt der Mensch? -
Wir schlucken alles! Zusatzstoffe in Lebensmitteln-
Gefährdung der Gesundheit durch Pestizide u. a.
Termin: Sa. 24. 11. 11.00 Uhr bis ca. 18.00 Uhr
So. 25. 11. 10.00 Uhr bis ca. 14.00 Uhr

"Rechtsextremismus- neuer Auftrieb durch die Vereinigung?"
In diesem Referat geht es u. a. um die Fragestellung: Alltäglicher Rassismus - Ausdruck einer unreflektierten Dominanzkultur?
Termin: 30. 11. 18-22.00 Uhr und 1. 12. 10-18.00 Uhr
(Eine schriftl. Anmeldung ist erforderlich)

ATOMKRAFT NEIN! Kalender 92. Wir denken, dass es auch für 1992 einen Atomkraft NEIN!-Kalender geben sollte und fordern euch deshalb auf, am 17. 2. 91 zum 1. KalendAgruppen-treffen ins umwälzzentrum, scharnhorststr. 57, 4400 münster zu kommen. Ihr könnt auch eure infos, artikel, fotos, cartoons etc. an uns schicken. Telefonisch erreichbar sind wir am montag ab 20.30 Uhr unter 0251/521112.

Treffen Antifa-Kalendergruppe
Am 9./ 10. Februar ist in Münster das 1. Treffen für den Antifa-Kalender 92. Ort: themroc, Bremerstr. 42, 4400 Münster. Sammelt dazu Ideen, Artikel, Layouts und Fotos, sowie Kritiken, Reaktionen etc. Schickt sie uns in jedem Fall zu!
ANTIFA-KALENDERGRUPPE, c/o unrast, Querstr. 2, 4400 Münster

7.- 9. Dezember 1990 Antimilitaristische Aktions- und Informationstage
IDK (Internationale der Kriegsdienstverweigerer e. V.)
Gneisenaustr. 2 a, 1000 Berlin 61, tel. 849 (030)/6938021

Hiermit möchte ich den **telegraph** abonnieren.

Ich benötige .... Exemplare

Meine Adresse ist:

An

Redaktion **telegraph**

Schliemannstr. 22

Berlin-DDR

1058

Jahresabonnement für fen "telegraph" 34.- DM, Halbjahresabo 17,50 DM. Alles inklusive Porto und Mehrewertsteuer. Andere Abonnementformen sind aus technischen Gründen nicht mehr möglich.